

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Peltzseite oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Kämpfe und Erfolge des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Jahre 1907.

Das Jahr 1907 wird in der Geschichte unseres Verbandes als wichtiger Markstein gelten. Nie zuvor waren an unsere Organisation so schwere Aufgaben herangetreten als im verfloffenen Jahre, wir können aber mit Stolz und Genugtuung konstatieren, daß unser Verband in jenen kritischen Tagen seine Leistungsfähigkeit auf das glänzendste bewiesen undargetan hat, daß er in stande ist, seine Aufgabe zu erfüllen. Wer noch im Zweifel war, ob der Deutsche Holzarbeiterverband als sicherer Schutzwall der Holzarbeiter gegen den Übermut der Unternehmer gelten kann, ob er das Organ ist, dessen sich die Kollegen bedienen müssen, wenn sie ihre Lage verbessern wollen, den lehrt die Geschichte unserer Lohnkämpfe im Jahre 1907, daß seine Zweifel unbegründet waren.

Als der Arbeitgeberschutzverband zu Beginn des Jahres 1907 zur Aussperrung in Berlin schritt, da wiegte er sich in der Hoffnung, daß nun die Zeit gekommen sei, den verhassten Holzarbeiterverband zu vernichten. Seine Rechnung war recht einfach. Es müssen so viele Holzarbeiter auf die Straße gesetzt werden, daß die Kassen des Verbandes durch die erforderliche Unterstützung der Aussperrten in wenigen Wochen geleert sind. Aber trotzdem die Aussperrung auf eine Reihe weiterer Orte ausgebeutet wurde, wobei die Unternehmer vor offenem Vertragsbruch nicht zurückschrecken mußten sie zu ihrem Schrecken erkennen, daß ihre anscheinend so einfache Rechnung ein Loch hatte. Es war in ihr ein wichtiger Faktor nicht in Betracht gezogen, nämlich die Begeisterung und besonders die Opferfreudigkeit der deutschen Holzarbeiter. Und dieser Opferfreudigkeit ist es zu danken, daß wir als Sieger aus dem schweren Kampfe hervorgingen. Die Unternehmer haben erkannt, daß der Deutsche Holzarbeiterverband durch Gewaltmittel nicht unterzukriegen ist. Sie haben eingesehen, daß es auch für sie vorteilhafter ist, wenn sie sich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu Zugeständnissen bequemen. Die Verträge, die im Frühjahr 1908 abgeschlossen wurden und die uns trotz der äußerst ungünstigen Geschäftslage erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gebracht haben, sind eine Frucht der Kämpfe des Jahres 1907.

Betrachtet man den Bericht über die Lohnbewegungen im Jahrbuch unseres Verbandes, welches dem Verbandstag in Steffin vorgelegt wurde, so überrascht zunächst die Tatsache, daß sowohl die Zahl der Lohnbewegungen als auch die der Beteiligten kleiner ist als im Jahre 1906. Im Jahre 1907 wurden insgesamt 788 Lohnbewegungen mit 56 955 Beteiligten geführt gegen 1236 Bewegungen und 68 988 Beteiligten im Jahre 1906. Die Bedeutung der Kämpfe des Jahres 1907 drückt sich in den statistischen Tabellen zunächst nur, in der Summe der Streiklohn aus, die mit 3 123 344 M. alle früheren Jahre bei weitem übersteigt.

Der Einfluß, den unser Verband im Laufe der Jahre auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen erlangt hat, äußert sich auch darin, daß für die größere Hälfte der an den Lohnbewegungen beteiligten Kollegen, nämlich für 30 336, die Differenzen ohne Arbeitseinstellung beigelegt werden konnten. Diese Zahl beweist, sofern das überhaupt noch eines Beweises bedurft hat, daß unser Verband seine Aufgabe nicht sowohl in der Führung von Streiks als in der Erzielung guter Arbeitsbedingungen sieht, und daß er auf einen Kampf verzichtet, wo er sein Ziel auf friedlichem Wege erreichen kann. Die Zahl der auf friedlichem Wege erzielten Erfolge wird zweifellos in den künftigen Jahren noch größer werden, aber nur dann, wenn wir unsere Organisation stets schlagfertig und kampfbereit halten. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß es in der Hauptsache unsere Kampfeskichtigkeit ist, und der Wille, im Bedarfsfall von ihr Gebrauch zu machen, der die Unternehmer zur Nachgiebigkeit veranlaßt.

In 442 Fällen von insgesamt 475 Lohnbewegungen ohne Streit handelte es sich um Forderungen, welche unsere Kollegen gestellt hatten. Das Ergebnis dieser Bewegungen war eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,6 Stunden pro Woche für 15 845 Personen, während für 20 825 Personen eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 1,46 M. pro Woche erzielt wurde. Außerdem wurden neben anderen Vergünstigungen in 47 Fällen Mindestlöhne, in 12 Fällen ein Durchschnittslohn, in 17 Fällen Affordpreise, in 10 Fällen Lohnsicherung bei Afford usw. aufgefunden. In 33 Fällen handelte es sich um Abwehrbewegungen, wobei es, abgesehen

von einem Fall, wo für 9 Kollegen ein Lohnabzug von 1 Mark wöchentlich eintrat, stets gelang, die angesonnene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Darüber hinaus gelang es sogar bei den gepflogenen Verhandlungen, für 87 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde und für 10 Kollegen eine Lohnerhöhung um 2,60 Mark wöchentlich durchzusetzen. Das sind Erfolge, die mit verhältnismäßig geringen Kosten — insgesamt wurden für diese Bewegungen nur 2444 M. ausgegeben — und ohne Arbeitseinstellung erzielt wurden; sie können den Ergebnissen der teilweise recht langwierigen Streiks getrost an die Seite gestellt werden.

Die Zahl der Streiks ist, wie bereits erwähnt, gegen das Vorjahr bedeutend zurückgegangen. Es wurden 141 (1906 374) Angriffsstreiks und 73 (187) Abwehrstreiks geführt, wozu noch 49 (76) Aussperrungen kommen. Soweit die Angriffsstreiks in Betracht kommen, so ist deren Verminderung zum Teil auf den schlechter werdenden Geschäftsgang, in der Hauptsache aber darauf zurückzuführen, daß mit Rücksicht auf die große Aussperrung, welche die Kraft des Verbandes außerordentlich in Anspruch nahm, mit Angriffskämpfen notwendigerweise zurückgehalten werden mußte. Immerhin ist die Zahl der Angriffskämpfe noch groß genug, um darzutun, daß der Verband, trotz der gewaltigen Kraftanstrengung im Frühjahr, seine Aktionsfähigkeit durchaus nicht eingebüßt hat. Bei den Angriffstreiks kamen einschließlich der Kollegen, denen die Forderung vor der Arbeitseinstellung bewilligt war, 9483, bei den Abwehrstreiks 1478 Beschäftigte in Betracht. In den Streit eingetreten sind bei den Angriffstreiks 6924, bei den Abwehrstreiks 1318 Personen.

Von den Angriffstreiks waren 27 = 19 Prozent mit 1047 beteiligten Personen gleich 15 Prozent erfolglos. Bei den Abwehrkämpfen war das Ergebnis ungünstiger, was leicht erklärlich ist, da ja bei diesen Streiks, die von den Unternehmern veranlaßt sind, diese darauf Bedacht nehmen, den Zeitpunkt zu wählen, der ihnen am günstigsten ist. Von den Abwehrstreiks waren denn auch 25 = 37 Prozent mit 529 beteiligten Personen gleich 41 Prozent erfolglos. Das Ergebnis der Angriffstreiks war für 4952 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich drei Stunden und für 10 963 Personen eine Lohnerhöhung, welche durchschnittlich 1,55 M. wöchentlich ausmacht. Dazu kommt unter anderem in 18 Fällen die Bewilligung eines Mindestlohnes, in 5 Fällen eines Durchschnittslohnes, in 3 Fällen Lohnsicherung bei Afford, in 6 Fällen ein Affordtarif usw.

Wesentlich mehr als die Streiks waren im Jahre 1907 die Aussperrungen. Es wurden deren Zahl zurückgegangen, so ist dagegen die Zahl der Aussperrten und die Dauer der Aussperrungen ganz bedeutend gestiegen. Bei den 49 Aussperrungen wurden insgesamt 18 877 Personen (1906 = 11 928) Personen ausgesperrt. Bei den Aussperrungen sind wie bei den Abwehrkämpfen die Chancen für die Unternehmer im allgemeinen günstiger, und so sind denn auch diesmal 29 = 62 Prozent der Aussperrungen verloren gegangen. Es handelt sich aber hier in der Hauptsache um kleinere Kämpfe, denn an den erfolglosen Aussperrungen waren nur 3449 = 19 Prozent der ausgesperrten Personen beteiligt. Abgesehen von dem ideellen Erfolg der größten Aussperrung in Groß-Berlin und neun anderen Städten), der darin liegt, daß der Plan des Arbeitgeberschutzverbandes, unsere Organisation niederzuzwingen, vollständig scheiterte, wurden als materielles Resultat dieser Kämpfe auch recht nennenswerte Vorteile erzielt. Für 780 Kollegen brachten die Aussperrungen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1,2 Stunden und für 16 362 eine Lohnerhöhung um 1,40 M. pro Woche. Zu diesen Vorteilen, die sofort in Kraft traten, kommt noch für die nächsten zwei Jahre für 18 252 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde und für 4367 eine Lohnerhöhung von 65 Pf. pro Woche.

Das Gesamtergebnis unserer Lohnbewegungen im Jahre 1907 ist, wenn man nur die beiden wichtigsten Forderungen, Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, in Betracht zieht, eine Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich 2,6 Stunden pro Woche für 21 664 Kollegen und eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 1,45 M. pro Woche für 44 360 Kollegen. Diese Erfolge sind mit den ausgedehnten Opfern nicht zu teuer bezahlt. Von Leuten, die ein Interesse daran haben, den Arbeitern die Zugehörigkeit zur Organisation zu verwehren, wird gern mit scheinheiliger Augenwischerei auf die Verluste hingewiesen, welche den Arbeitern durch den Lohnausfall beim Streit entstehen. Dieser Lohnausfall betrug bei den Kämpfen des Jahres 1907 die gewaltige Summe von 4 643 729 M. Da jedoch 3 058 877 M. an Streikunterstützung gezahlt wurden, so bleiben als tatsächlicher Ausfall

nur 1 584 852 M. Diese Summe ist an sich immer noch recht hoch, stellt man ihr aber den erzielten Erfolg entgegen, dann zeigt es sich, daß dieser scheinbare Verlust eine recht gute Kapitalanlage bedeutet. Bringen doch die bewilligten Lohnerhöhungen schon für das Jahr 1907 eine Mehreinnahme von 3 850 762 M. Es sind aber durch die abgeschlossenen Verträge auch noch Lohnerhöhungen bewilligt, die erst später in Kraft treten. Diese betragen zum Beispiel für das Jahr 1908 allein 564 512 M. Die Lohnerhöhungen machen also den Ausfall an Arbeitsverdienst reichlich wett, ganz abgesehen von der Arbeitszeitverkürzung und den sonstigen Vorteilen, welche durch die Lohnkämpfe erzielt wurden.

Wir müssen es uns versagen, an dieser Stelle näher auf die interessantesten Einzelheiten der Streikstatistik einzugehen. Nur das eine möchten wir zum Schluß hervorheben: Der Deutsche Holzarbeiterverband hat die schwere Aufgabe, vor welche ihn die Kämpfe des Jahres 1907 gestellt haben, glänzend gelöst. Und die Mittel, welche ihn in stand setzten, die Kraftprobe zu bestehen, waren die Disziplin und die Opferwilligkeit der Mitglieder. Die Kollegen haben begriffen, daß es sich bei dem Kampfe im Frühjahr 1907 nicht darum handelte, ob die Berliner Tischler eine Lohnerhöhung oder eine Arbeitszeitverkürzung erzielten, sondern daß viel höhere Interessen auf dem Spiele standen. Es handelte sich um die Ehre und das Ansehen unserer Organisation. Der materielle Einsatz des Kampfes kam gar nicht mehr in Betracht gegenüber der Frage, ob die im Arbeitgeberschutzverband organisierten Unternehmer berechtigt sein sollen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Holzindustrie einseitig zu diktiert, oder ob hierbei auch die Arbeiter ein entscheidendes Wort mitzureden haben. In Erkenntnis dieser Sachlage haben sich die Kollegen gewaltige Opfer auferlegt. Zwar war die Selbstbesteuerung nicht gleichmäßig, und es gab Mitglieder und ganze Zahlstellen, bei welchen die klingende Betätigung der Solidarität zu wünschen übrig ließ. Aber nichtsdestoweniger ist die Aufbringung von 1 391 886 M. an Extrabeiträgen eine Leistung, auf die der Verband mit Recht stolz sein kann. Dieses Opfer war nicht vergeblich gebracht. Wir haben dem Gegner Achtung vor unserer Organisation abgenötigt, und die Wirkungen des Kampfes von 1907 werden sich noch auf Jahre hinaus bemerklich machen.

Vom deutschen Innungswesen.

I.

b. Daß die deutsche Handwerkergesetzgebung die Erwartungen nicht erfüllen konnte, die das immer schwieriger den Konkurrenzkampf gegen die Großindustrie führende Meistertum daran geknüpft hat, weiß man auch in den Kreisen der Handwerker ganz wohl. Die Mittelstandspolitik ist ein vergebliches Beginnen. Nichts zeigt die vollständige Wirkungslosigkeit dieser durch die konservativen und klerikalen erzwungenen Gesetzgebung besser als eine große Arbeit, die merkwürdigerweise, obgleich sie mit den wirklichen Arbeiterinteressen nicht den geringsten, oder bloß einen feindlichen Zusammenhang hat, von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes herausgegeben wurde. Der Titel dieser Arbeit ist „Die Wirkungen des Handwerkergesetzes (Reichsgesetz vom 28. Juli 1897), Erhebung, veranstaltet Anfang 1905, mit Anhang: Nachträgliche Erhebung über die Tätigkeit und die Erfolge der Handwerkskammern nach dem Stande am 31. Oktober 1907“. Man wird aus unserer Zusammenfassung des Materials wohl erkennen, daß die viele politische und parlamentarische Arbeit, die zur Schaffung der Handwerkergesetze geführt hat, durchaus vergeblich und merkwürdig war. Freilich kann von uns am allerwenigsten bestritten werden, daß durch die Handwerkergesetzgebung im Kleinbetrieb eine große Zahl von Unternehmernorganisationen zustande gekommen ist, die sich sonst kaum oder jedenfalls nicht so leicht gebildet hätte, wenn nicht die Möglichkeit der zwangsmäßigen Vereinigung gegeben wäre. Vom Standpunkt der Arbeiterbekämpfung, aber nicht unter dem Gesichtspunkt der Hebung des Handwerkes haben die Innungen einige Bedeutung gewonnen.

Die lächerlich geringen Beiträge, die von den Meistern den Innungen gewidmet werden, die ganz unbedeutenden Vermögen, die in den Kassen der Innungen angeammelt werden, die Zersplitterung der wenigen Gelder, die verhältnismäßig großen Verwaltungsauslagen, all dies erklärt, daß durch die Innungen tatsächlich nichts erzeugt wurde als schwächliche Täuschung leichtgläubiger Hoffnungen. Als die Sozialdemokraten bei der Schaffung der Gesetze

dies voraussetzten, als sie auf Grund der Kenntnis von der wirtschaftlichen Entwicklung auseinandersehen, daß dem Handwerk mit diesen Mitteln nichts genügt werden könne, da wurden sie verlacht und verhöhnt, mancher Reaktionsär glaubte wirklich ein Mittel gefunden zu haben, um den Gang der Entwicklung zum mindesten zu verlangsamen, um das Handwerk zu stärken, um seine Widerstandskraft zu steigern einerseits gegen die den Kleinbetrieb niederkonkurrierende Großindustrie, andererseits gegen die mit Kraft und Einsicht die Interessen der Arbeiter wahrnehmenden Gewerkschaften.

Wer sich vor Augen hält, wie sich die Großindustrie seit der Galvanisierung der Zünfte entwickelt hat, wie stark und kräftig die Gewerkschaften in diesen Jahren geworden sind, der muß sich klar sein, daß die innerhalb unserer Volkswirtschaft wirkenden Tendenzen nach Entfaltung des Großbetriebs, nach Niederkonkurrierung des Kleinbetriebs, nach gewerkschaftlicher Zusammenfassung der Arbeiterschaft ganz anders wirken als die Versuche, durch eine sich dem Gang der Entwicklung widersetzende gesetzgeberische Arbeit den Sieg des Großbetriebs hemmen zu wollen.

Seit Inkrafttreten des neuen Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897 ist das Deutsche Reich mit einem Neze von Zünften überdeckt, die in Handwerkerkammern, in Zünftungs-ausschüssen, in Zünftungsverbänden ihre höheren Formen finden. Neben den Zwangszünften gibt es freie Zünfte, weiter besteht ein Verband deutscher Gewerbevereine, der Deutsche Handwerkerbund bildet eine Art politischer Vereinigung der Handwerksmeister, dessen Wirksamkeit parallel ging, zum Teil auch konkurrierte mit der deutschen Mittelstandsvereinigung, so daß diese beiden sich verschmolzen, ohne aber dadurch an Kraft zu gewinnen. An Organisationen, an Organisationsformen, an Plänen und Programmen, an Vormündern und Ratgebern hat es den deutschen Handwerkern in den letzten Jahrzehnten wahrlich nicht gefehlt. Und doch sehen sich die Zünfte nicht gefräßig, das Handwerk nicht gesichert, die Meister weniger mit Zukunftshoffnung erfüllt, als sie dies vor dem Gesetz über die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 gewesen sein dürften. Gerade weil ihnen damals der wesentlichste Teil ihrer Wünsche erfüllt wurde, gerade dadurch schufen sie sich selbst die Enttäuschungen, gerade dadurch begannen sie einzusehen, daß auch ein Schock neuer Paragraphen der Gewerbeordnung den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zur Umkehr veranlassen kann.

Das gerade Gegenteil dessen, was erwartet wurde, zeitigte diese Gesetzgebung, nämlich den Wunsch, von ihr befreit zu werden! Wenn man es auch nicht statistisch nachweisen kann, so vermag man doch zu behaupten, daß der größte Teil der Handwerksmeister den Zünften gleichgültig, ja sogar feindlich gegenübersteht, daß sich viele Mitglieder der Zwangszünften bedrückt und geschädigt fühlen durch die Notwendigkeit, Beiträge für die Zunft zu zahlen, die ihnen nichts bietet, die ihnen vielfach Angelegenheiten bereitet, an deren Leben und Wirksamkeit sie sich nicht beteiligen.

Wenn die Zünfte die Pflege des Gemeingeistes sowie die Aufrechterhaltung und Stärkung der „Standesethik“ unter ihren Mitgliedern als eine ihrer Aufgaben erhalten haben, so weiß man nur zu genau, daß kaum in irgend einem Teil unserer Bevölkerung der gelbe Fleck und das Nichtvergönnen irgend eines Vorteils so stark ist wie gerade bei den Handwerksmeistern. Diese Aufgaben sind wahrlich nicht erfüllt worden! Was die Meister zur Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gehilfen geleistet haben, darüber brauchen wir unseren Lesern wirklich kein Wort zu sagen. Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Handwerksmeistern und Handwerksgehilfen ist naturgemäß so groß, daß sich daran nichts ändert durch einen Paragraphen der Reichsgewerbeordnung, der die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gehilfen vorzuschreiben beabsichtigt. Dazu gehört schon mehr wie Mairität, wenn man auch nur danach fragen wollte, was die Zünfte zur Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gehilfen beigetragen haben.

Auch dort, wo nicht allgemeine, schwer zu umschreibende Aufgaben, sondern genau festgesetzte Pflichten den Zünften auferlegt wurden, haben sie keine Leistungen aufzuweisen, so dort, wo es heißt, daß ihnen die Regelung des Lehrlingswesens und die Fürsorge für die technische, gewerbliche und sittliche Ausbildung der Lehrlinge obliegt. Wer vermag zu behaupten, daß auf diesem Gebiet die Lehrlinge wirklich besser fahren, als dies früher der Fall gewesen sein mag. In dem größten Mißverhältnis zu der lebhaften Agitation und zu der parlamentarischen Arbeit, die mit der Neuerweckung der Zünften verbunden war, steht das, was durch diese wieder erweckten Zünfte geleistet wurde. Es fehlt an Mitteln, es fehlt an gutem Willen, es fehlt den Handwerksmeistern Verständnis und Solidarität, um wirklich etwas zu erzielen. Die Zünfte stellen sich für die Meister und für die von ihnen beschäftigten Personen nur als Geminnisse, nicht aber als Mittel innerer Kräftigung und wirtschaftlicher Hebung dar.

Wenn wir die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung der arbeitsstatistischen Abteilung über die Zünfte zusammenstellen, so wird das, was wir hier behauptet haben, seine Bestätigung finden. Am 25. Oktober 1904 zählte man im Deutschen Reich 488 700 Zunftmitglieder, das heißt auf 100 000 Einwohner 822. Merkwürdigerweise gab es im Königreich Sachsen 1387 Zunftmitglieder auf je 100 000 Einwohner, während in Baden bloß 220 Zunftmitglieder auf 100 000 Einwohner gezählt wurden. Von den zur Zeit der Erhebung in Preußen gezählten selbständigen 677 114 Handwerkern waren bloß 338 173, also noch nicht ganz die Hälfte, nämlich 49,9 Prozent in Zünften organisiert. Das lehrt uns wohl mehr als die beste Widerlegung, daß die Zünfte die ihnen von ihren Befürwortern prophezeite

Bedeutung nicht im entferntesten gewonnen haben. Wenn die Zünfte wirklich die Fähigkeit hätten, den Handwerker zu stärken, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, so würde nicht trotz aller Zwangsmittel die Mehrzahl der preussischen Handwerksmeister außerhalb der Zünften geblieben sein. Im Rheinland und in Hessen-Nassau war es noch nicht ein Drittel der Handwerksmeister, die sich zum Beitritt in die Zünfte veranlaßt sahen. Und in Hohenzollern wurde die merkwürdige Erscheinung festgestellt, daß es bei 3076 gezählten Handwerksmeistern überhaupt keine Zünfte und auch keine Zunftmeister gab. Die Zahl der Zunftmitglie-der wäre aber noch bedeutend geringer, wenn nicht durch die Einrichtung der Zwangszünfte zahlreiche, dem Zunftwesen abholde oder durchaus gleichgültige Handwerksmeister in die Zünfte hineingezwängt würden. Der Terrorismus, dessen unsere Handwerksmeister die Gewerkschaftsmitglieder zeihen, kommt bei der Werbung von Mitgliedern für die Zünfte, unterstützt durch die staatliche Gewalt, bei den Handwerksmeistern viel kräftiger als bei den Arbeitern zum Ausdruck. 218 468 Handwerksmeister waren Mitglieder von 3164 Zwangszünften, somit gehörte nicht viel weniger als die Hälfte aller Zunftmitglie-der Zwangszünften an, so daß man schon aus diesem Grunde die Zahl derjenigen, die aus Überzeugung und aus freier Entschliebung den Zünften angehören und von ihnen noch etwas erwarten, viel geringer ansehen muß als die Zahl der den Zünften angehörenden, bei denen der Zwang oft mehr wirkt als die Liebe.

Mag die Fachzunft, deren es 6356 mit 292 982 Mitglie-dern gab, noch irgend eine, wenn auch nur theoretische Bedeutung haben, so werden die 3607 Zünfte ver-zwandter Gewerbe mit 138 773 Mitgliedern oder gar die 1348 gemischten Zünfte mit 56 945 Mitgliedern praktisch gar keine Bedeutung haben, weil es ihnen an einer nützlichen Wirksamkeit, an einer gemeinsamen Betätigung fehlt. Weil die Zünfte so außerordentlich schwer irgend etwas erreichen konnten, weil es ihnen an den erforderlichen Mitteln fehlte und weil der Zwang, den sie ausüben, erst dann von Wert ist, wenn er über das Handwerk hinaus-geht, so haben sich die Zünfte immer bemüht, Hausgewerbe-treibende und Fabrikanten in die Zünfte hinein zu zwingen. Auch hierüber finden wir in der amtlichen Ver-öffentlichung einige Angaben, auf die wir aber nur hin-deuten können.

Von der heffischen Holzindustrie.

Nach den Berichten der heffischen Gewerbe-inspektionen für das Jahr 1907 wurden im ge-nannten Jahre in 684 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen der Holzindustrie insgesamt 8603 Arbeiter be-schäftigt. Und zwar 7396 erwachsene männliche, 684 Ar-beiterinnen über 16 Jahren, 621 jugendliche Arbeiter und 2 Kinder. Auch in Hessen mit seiner gut entwickelten Möbel-industrie vollzieht sich die Industrialisierung unseres Ge-werbes in einem ziemlich schnellen Tempo. Es mag nur vergleichsweise darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1904 sich die Zahl der Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen unseres Gewerbes auf 532, die Zahl der darin be-schäftigten Arbeiter sich auf 7285 belief, so daß allein die Arbeiterzahl sich in den drei letzten Jahren um rund 1800 vermehrt hat.

Aus dem Inspektionsbezirk Darmstadt wird allerdings über einen Rückgang der Betriebe der eigentlichen Holz-bearbeitung berichtet. Dagegen hat sich in den Holzindustrie-bezirken des Bezirkes Mainz im letzten Jahre die Arbeiter-zahl um nicht weniger als 7 Prozent vermehrt. Und auch aus dem Bezirk Worms wird berichtet, daß eine besonders auffallende Zunahme der Arbeiter in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe eingetreten sei. Dieser Vorgang lasse auf einen starken Geschäftsgang, insbesondere der Möbel-industrie schließen.

Es dürfte für unsere Leser von Interesse sein, einige Zahlen über die Verbreitung der Holzindustrie über das Großherzogtum Hessen zu erfahren. Bekanntlich ist das Land in fünf Aufsichtsbezirke eingeteilt, und zwar in die Bezirke Darmstadt, Offenbach, Gießen, Mainz und Worms. Die Holzindustrie verteilt sich auf diese fünf Gewerbeaufsichts-bezirke wie folgt:

Bezirk	Fabriken usw. der Holzindustrie	Anzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter
Darmstadt	154	2039
Offenbach	223	2428
Gießen	126	1264
Mainz	114	1907
Worms	67	965
Insgesamt	684	8603

Der Schwerpunkt der heffischen Holzindustrie liegt also in den Bezirken Darmstadt, Offenbach und Mainz, und letzterer Bezirk mit seiner altgeheueren Möbelindustrie ist es, der auch durchschnittlich die größten Betriebe aufweist.

Auch in dem Bericht für 1907 wird wieder über unzulässige Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Kinder in Holzindustriebetrieben geklagt. Einen besonders großen Verstoß gegen § 135 der Gewerbeordnung ließ sich eine Holz-warenfabrik im Bezirk Offenbach zuschulden kommen. In dieser Fabrik wurde im Sommerhalbjahr 1907 eine Anzahl schulentlassener, noch nicht 14 Jahre alter Kinder beschäftigt. Der Werksführer dieser Fabrik hatte die Kinder beauftragt, auf Befragen dem Gewerbeaufsichtsbeamten zu antworten, sie arbeiteten nur vormittags, wenn dieser vormittags käme, und sie seien nur nachmittags beschäftigt, wenn der Beamte

nachmittags revidieren sollte. Dieser Verstoß gegen das Gesetz kam jedoch zur Kenntnis der Behörden; es wurde Anzeige erstattet und der eine Fabrikhaber mit 70 Mk., der Werksführer mit 50 Mk. bestraft. Eine lächerlich geringe Strafe, berücksichtigt man, daß beide Herren wegen zu langer Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bereits vorbestraft waren. — Ein Molladenfabrikant im Bezirk Mainz beschäftigte einen jugendlichen Arbeiter ohne Gewährung der nach § 136 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Vor- und Nachmittags-pause von 1 1/4 Stunden und einer 10 stündigen Arbeitszeit; er hatte ferner die nach § 138 der Gewerbeordnung vor-geschriebene Anzeige unterlassen. Die Strafe belief sich auf sage und schreibe 4 Mk. Durch solche lächerlich geringen Strafen wird doch gewiß kein bessernder Einfluß auf ein arbeiterschussfeindliches Unternehmertum ausgeübt. — Im Bezirk Worms wurde ein Schreiner wegen Einstellung eines jugendlichen Arbeiters ohne Arbeitsbuch gerichtlich bestraft.

Im allgemeinen hat die Sonntagsarbeit eine geringe Einschränkung erfahren. Einzelheiten werden nur aus dem Bezirk Mainz mitgeteilt. Dort erhielt ein großes Sägewerk an sieben Sonntagen die Erlaubnis zum Arbeiten, weil durch einen Umbau nur ein kleiner Teil im Betrieb erhalten werden konnte und ohne Zuhilfenahme des Sonntags die Lieferungsfrist einzuhalten unmöglich war. Nach unserer Meinung rechtfertigt sich hier gar nicht eine Bewilligung von Ausnahmen auf Grund des § 105 f der Gewerbe-ordnung. Eine Möbelfabrik erhielt die Erlaubnis, an zwei Sonntagen arbeiten zu dürfen, um Arbeiten für den Bahn-hof Wiesbaden rechtzeitig fertigstellen zu können.

Aus dem Bezirk Offenbach wird über zwei besonders schwere Unfälle mit Todeserfolg in Holzbearbeitungsbetrieben berichtet. In einer Holzschneiderei begab sich der als Tag-löhner beschäftigte Schmiegevatervater des Inhabers während des Betriebs unbeachtet in den Transmissionskanal, um von dort aus einen abgeworfenen Riemen nach einer darüber-stehenden Kreisfräge zu verbringen. Bei dieser Gelegenheit wurde der Mann von hinten durch die Welle erfaßt, welche seinen Rock aufwickelte, und sofort getötet. Der Transmissionskanal war durch eine besondere Tür fest ab-geschlossen, so daß der Getötete sein plötzliches Ableben selbst verschuldet hat. — In einem Sägewerk geriet ein Arbeiter, der unbefugterweise während des Betriebes in die Riemen-grube des Schrotmühlbetriebes stieg, zwischen Riemen- und Antriebscheibe. Dem Arbeiter wurde der rechte Arm abge-rißen, so daß der Mann an den Folgen der schweren Ver-letzung bald darauf starb. Im gleichen Bezirk erlitten 26 Arbeiter an Sägen, 12 an Hobelmaschinen und 6 an Fräsen erhebliche Verletzungen. — Im Bezirk Mainz entfielen in der Holzindustrie auf 1000 beschäftigte Arbeiter 50 (im Jahre 1906 57) Unfälle, während im allgemeinen auf 1000 Arbeiter nur 44 (37) Unfälle kommen. In diesem Bezirk wird seitens der Aufsichtsbeamten mit besonderem Nachdruck auf Einführung der runden Sicherheitswellen bei den Ab-richthobelmaschinen hingearbeitet, nachdem ihre Brauchbar-keit und Leistungsfähigkeit in den verschiedensten Betrieben des Aufsichtsbezirkes festgestellt ist. Der berichterstattende Beamte bedauert, daß diese runde Sicherheitswelle sich nicht bei Dicken-Hobelmaschinen verwenden läßt; wenn es sich auch dort weniger um Unfallverhütung handelt, so würde aber das die Nachbarschaft sehr störende Geräusch wesentlich herabgemindert werden.

Zur Lage der Holzarbeiter in den Waggonfabriken.

(Schluß.)

Die Notwendigkeit, hierauf endlich aufzuräumen, ergibt sich aber aus den vielen Mängeln, die außer den erwähnten noch vorhanden sind. In 16 Betrieben mit 3031 Arbeitern besteht noch die vierzehntägige Lohnzahlung, während erst in 18 Betrieben mit 2475 Arbeitern eine wöchentliche Ent-lohnung stattfindet. Sehr im argen liegen auch die sani-tären Einrichtungen. Staubabfangeapparate sowie Schutz-vorrichtungen an den Maschinen sind in den meisten Fällen entweder gar nicht oder in höchst ungenügendem Zustand vorhanden. Bei Busch & Co. in Baulzen besteht weder eine Waschvorrichtung, noch ist für die nötige Hilfe bei Un-glücksfällen in ausreichender Weise gesorgt. Bei Beuchelt & Co. in Grünberg i. Schles. sind von acht Betriebs-räumen nur zwei mit Ventilatoren versehen. Die Staub-absaugung an den Maschinen ist äußerst mangelhaft. An den Fräs- und Stemmmaschinen sowie Bandsägen sind über-haupt keine Erhafter angebracht. In dem großen Be-trieb von Herbrand, A.-G. in Rölln, wo im letzten Jahre sich die Aktionäre einer 15prozentigen Divi-dende erfreuen konnten, ist weder für Waschvorrichtung gesorgt, noch ist eine Badegelegenheit vorhanden. Die Ven-tilationen sind gleichfalls die denkbar schlechtesten. In der Waggonfabrik von Krull & Co. in Wismar ist wohl eine Staubabfangevorrichtung vorhanden, wird aber nicht in Betrieb gesetzt, da es sonst, nach Angabe der Meister, „zu viel Kohlen kosten“ würde.

Über große Mängel in bezug auf sanitäre Einrichtungen wird vielfach Klage geführt; so insbesondere in der Ra-tatter Waggonfabrik. Die Dampfheizung ist vollständig ungenügend. In der Stellmacherei wird höchstens eine Temperatur von 14 Grad erzielt. Ventilatoren fehlen und wird die nötige Lüftung mittels der Türen besorgt. Die Badeeinrichtung weist für 700 Arbeiter nur eine Wanne und 3 Duschen auf. Der Preis für ein Wannenbad beträgt bei 20 Minuten Badezeit 20 Pf. Teurer ist es selbst in den größten Städten nicht. Und das nennt sich schließlich noch Wohlfahrts-einrichtung! — Es wäre übrigens sehr zu wünschen, daß die Kollegen aller Betriebe mehr mit Material über die

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmittglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Bitterfeld (Quilitzsch), Detmold (Spellerberg), Garmisch-Partenkirchen, Grünstadt i. Pfalz, Hof i. W., Liegnitz, Mustau (G. Schmidt), Stolp in Pommern (W. G. Werfel), Trier, Wildbad im Schwarzwald, Zeulenroda (May) und Arnheim in Holland (Munt);
- Modellmachern** nach Mannheim (Brown, Boveri & Co.);
- Stellmachern und Tischlern** nach Gotha (Waggonfabrik);
- Korbmachern** nach Düben, Eisleben, Grimma (Tretbar), Hamburg, Lübeck (Möhlert), München-Obenhausen (Sauer);
- Werftarbeitern** nach Lauenburg a. G.;
- Sägern** nach Illach bei München (Ritsch & Söhne);
- Klaviermachern** nach Zürich;
- Riffenmachern** nach Bünde i. Westfalen (Althage & Herbrechtmeier);
- Knopfmachern** nach Garbelegen;
- Korkarbeitern** nach Delmenhorst (Minnemann);
- Stuhlmachern, Tischlern und Polsterern** nach Lauterberg a. Harz (Hilgeleit), Schwallungen a. d. Werra (Heller & Komp.);
- Büchsenmachern** nach Bad Nibling, Rosenheim;
- Rohrarbeitern** nach Bremen (Mente und Schulz), Burgdam m.

mangelhaften, sanitären Einrichtungen an die Öffentlichkeit treten, um so die Gewerbeinspektionen zu einem energischen Einschreiten zu veranlassen.

Alles in allem genommen, darf man wohl sagen, daß die Lage der in den Waggonfabriken beschäftigten Holzarbeiter dringend einer allgemeinen Besserung bedarf. Bedauerlich ist dabei die große Interesslosigkeit, mit der unsere Kollegen bisher fast ausnahmslos der Hebung ihrer Lebenslage gegenüberstanden. Nur wenige Zeilen sind notwendig, um das im Wandel der Zeiten Erreichte darzulegen. Im April des Jahres 1900 wurde in den Breslauer Waggonfabriken durch einen erfolgreichen Streik die Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden pro Woche reduziert und ein Durchschnittsverdienst von 42 bis 43 Pf. pro Stunde erzielt.

Im September 1904 mußte in der Waggonfabrik von Linke u. G. durch eine vierwöchentliche Arbeitsniederlegung der Versuch unternommen werden, wenigstens einen Teil des inzwischen verloren Gegangenen wieder zu erlangen, so daß eine Erhöhung des Akkord-Rostgeldes erreicht wurde in Klasse I von 34 auf 40 Pf., in Klasse II von 32 auf 37 Pf. und in Klasse III von 30 auf 34 Pf. pro Stunde. Für Lohnarbeit wurde ein Stundenlohn in den einzelnen Klassen von 45 respektive 42 respektive 39 Pf. festgelegt und für die Neueingestellten 36 Pf. pro Stunde. Heute nach 8 respektive 4 Jahren stellt sich der Stundenverdienst in den beiden dortigen Betrieben im Durchschnitt für Tischler immer noch auf 39,5 Pf. und für Stellmacher auf 44,5 Pf., wobei noch die große Zahl derer zu berücksichtigen ist, die einen Wochenverdienst von höchstens 16 bis 19 Mark erreichen.

Wesentlich günstiger sind Erfolge, die unsere Kollegen in der Urdinger Waggonfabrik im Mai 1905 zur Durchführung brachten. Hier gelang es, einen Tarifvertrag abzuschließen, der für die Arbeiter die zehnstündige Arbeitszeit, 40 Pf. Minimallohn pro Stunde und einen bis ins kleinste detaillierten Akkordtarif erbrachte. Leider ist dieser Betrieb von den 35 Waggonfabriken der einzige, wo bis jetzt ein solcher, von beiden Seiten vertraglich anerkannter Akkordtarif zur Einführung gelangte. Allgemeine Lohnaufbesserungen wären außerdem nur noch für die Waggonfabriken in Gotha, Görlitz, München und Raftatt zu verzeichnen, und auch hier handelt es sich nur um etliche Pfennige, die dazu noch in einigen Fällen durch die beispiellose Gleichgültigkeit der Kollegenschaft sofort wieder rückgängig gemacht wurden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde im vorigen Jahre, wie bereits angedeutet, in der Waggonfabrik von Rathgeber in München erzielt, und zwar von 57 1/4 Stunden auf 54 Stunden pro Woche. Hier dürfte der gute Stand der Organisation eine Garantie für die Hochhaltung des einmal Erzwungenen bieten.

Steht man von den hier erwähnten Ausnahmen ab, so sind die gegenwärtigen Zustände noch die gleichen, wie sie schon vor Jahrzehnten bestanden, so daß man unter Berücksichtigung der inzwischen kolossal gestiegenen Preise für Wohnungen und Lebensmittel eine ganz bedeutende Verschlechterung konstatieren muß. Trotzdem können aber die Gewaltigen der Waggonindustrie nicht umhin, von Zeit zu Zeit von einer unbegrenzten Begehrlichkeit ihrer Arbeiter zu reden und sanfte Ermahnungen zu erteilen, sich nur ja von den wirtschaftlichen Möglichkeiten leiten zu lassen. Schrieb doch die „Norddeutsche Besessliche Zeitung“, inspiriert von der „Norddeutschen Waggonbau-Vereinigung“ (der fast sämtliche Waggonfabriken angehören), im Oktober 1904 wirklich: „Die Beschäftigung ist bei allen Fabriken eine befriedigende und steht zu hoffen, daß die scheinbar auf Wetreiben des „Deutschen Holzarbeiterverbandes“ entstandene Gärung unter den Holzarbeitern, die schon einige Streiks und Außerbetriebsetzung einer Waggonfabrik zur Folge gehabt hat, nicht weiter um sich greift. Die

Arbeiter scheinen gar nicht zu berücksichtigen, daß trotz der besseren Beschäftigung die Waggonpreise nicht auskömmlich sind und es daher den Waggonfabriken unmöglich ist, ihre Forderungen, wie Lohnstarif, höhere Löhne, Neunstundentag usw., zu bewilligen. Es ist vielmehr zu bedauern, daß der geringe sich bemerkbar machende Aufschwung gleich in dieser Weise ausgenutzt wird.“

Oh! Die armen Fabrikanten und Aktionäre! Mühsam müssen sie sich durchs Leben hungern, während der begehrtliche Arbeiter nicht einsehen will, daß die Schaffung regulärer Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der Waggonindustrie schließlich die Existenz des ganzen Gewerbes gefährdet! —

Nur ein flüchtiger Blick auf die alljährlich in den Aktiengesellschaften im Waggonbau zur Ausschüttung gelangenden Dividenden muß jeden zur Überzeugung bringen, wie sehr es elende Kläuserei ist, die Wagenpreise als nicht auskömmlich zu bezeichnen. In der nachstehenden Dividenden-tafel der bedeutendsten Waggonfabriken, in der die Sätze für das letzte Jahr nur so weit aufgenommen wurden, als bis jetzt Angaben vorliegen, heben sich die tatsächlichen Verhältnisse von den fälschlichen Behauptungen nur allzu deutlich hervor:

Ort und Name des Betriebs	Es wurden von 1904 bis 1907 Dividenden gezahlt in Prozent			
	1904	1905	1906	1907
Breslau: Hoffmann, A.-G.	18	21	22	35
Breslau: Linke, A.-G.	12 1/2	16	18	21
Dessauer Waggonfabrik, A.-G.	—	6	10	20
Düsseldorfer Waggonfabrik, A.-G.	14	17	19	21
Görlitzer Waggonfabrik, A.-G.	15	18	18	20
Gothaer Waggonfabrik, A.-G. vormalig F. Rothmann & Glück	—	—	8	—
Halle: Gottfried Lindner, A.-G.	—	—	6	—
Hamburg u. Wauzen: Busch & Co., A.-G.	—	3	6	8
Hannoversche Waggonfabrik, A.-G.	—	—	—	9
Heidelberg: Fuchs, A.-G.	4	4	8	10
Köln: Gerbrand, A.-G.	6 1/2	10	12	15
Spandau: Drenstein & Koppel, A.-G.	8	12	14	16
Urdinger Waggonfabrik, A.-G.	6	9	12	14
Weimarer Waggonfabrik, A.-G.	—	—	5	—
Raftatt: Waggonfabrik, A.-G.	—	—	5	5

Das sind in der Tat ganz enorme Gewinne, wie sie nur in sehr wenigen anderen Industriezweigen in gleicher Höhe zu verzeichnen sind. Angesichts solcher horrenden Überschüsse ist es für die in der Waggonindustrie tätigen Arbeiter, die erst durch ihrer Hände mühselige Arbeit eine derartige Schaffung neuer Werte ermöglichen, mehr als je am Platze, durch ihre Organisation dem Unternehmertum wenigstens einen Teil von dem abzutrotzen, was sie Jahr für Jahr dem vom Nichtstun lebenden Aktionär an Reichtümern erarbeiten.

Zwar wurde im vorigen Jahre von der „Zentral-Kommission der Stellmacher“ ein Flugblatt für die in der Waggonindustrie beschäftigten Holzarbeiter herausgegeben, in dem nachdrücklich auf den Ernst der gegenwärtigen Situation und die wirtschaftlichen Kämpfe und Erfolge hingewiesen wurde, die sich nur durch eine große und geschlossene Organisation ermöglichen lassen; doch dürfte die geringe Betätigung der Kollegen in der Öffentlichkeit kaum als ein Beweis besserer und gefestigter Organisationsverhältnisse anzusehen sein. Man sehe sich nur die Besitzer der Waggonfabriken an. Diese haben es durch ihre Organisation, der „Norddeutschen Waggonbau-Vereinigung“, verstanden, ihre Preise immer mehr in die Höhe zu schrauben. Jede Maßnahme, die sonstigen Arbeiter wird fast ausschließlich nur an diese Vereinigung vergeblich, die sie wiederum an ihre Mitglieder verteilt. Dadurch wird naturgemäß jede Preisunterbietung ausgeschaltet, und die hohen Dividenden, die in der Waggonindustrie herausgewirtschaftet werden, sind nicht nur Schweiß und Blut der beschäftigten Arbeiter, sondern schließlich auch noch zu einem Teil ein unfreiwilliger Tribut der Steuerzahler.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Bestreben der Besitzer und Leiter der Waggonfabriken dahin geht, mit immer schärferen Maßnahmen der erstarkenden Gewerkschaftsbewegung entgegenzutreten. Durch Gründung von gelben Gewerkschaften, Einführung von blendenden Wohlfahrtseinrichtungen ist in den letzten Jahren leider mit einigem Erfolg der Versuch gemacht worden, dem weiteren Einfluß der Gewerkschaften Hindernisse zu bereiten. Wie sehr aber die Unternehmer genötigt sind, ihre Arbeiter zu respektieren, wo sie vollständig ihrer Organisation angehören, lehrt nicht nur die vorjährige Lohnbewegung in der Waggonfabrik von Rathgeber in München, sondern in weit erhebenderer Weise das Verhalten des Direktors Busch von der Waggonfabrik Busch & Co. in Hamburg-Wauzen. Während der Direktor Busch im September des vorigen Jahres im Hamburger Betrieb, gestützt auf die gute Organisation unserer Kollegen, genötigt wurde, mit dem Holzarbeiterverband persönlich zu verhandeln und die aufgestellten Forderungen vollinhaltlich anzuerkennen, ermöglicht ihm das kluge Verhalten der Arbeiter von der Abteilung in Wauzen, diese so weit zu verhöhnen, daß er hygienische Vorträge in einem Speisesaal veranstaltete, der kürzlich in einer dortigen Versammlung nicht mit Unrecht von einigen als Schafstall, von anderen Kollegen gar mit noch weniger schmeichelhaften Ausdrücken bezeichnet wurde. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie man selbst dem größten Unternehmer den gebührenden Respekt abnötigen kann.

Lange genug hat sich zwar die überwiegende Mehrheit der in den Waggonfabriken beschäftigten Holzarbeiter in eine durch nichts zu rechtfertigende Gleichgültigkeit gegen-

über den Organisationsbestrebungen gehüllt. Es gilt nunmehr, endlich mit der bisherigen Saumseligkeit zu brechen, will man nicht die Differenz zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn noch mehr vergrößern helfen. Gerade die jetzige noch immer anhaltende günstige Konjunktur müßte einen jeden von der Notwendigkeit überzeugen, sich schon jetzt aufzuraffen, ehe es zu spät ist und das drohende Gespenst der Krise eine weitere Verschlechterung der Lebenslage mit sich bringt. Dem kann um so wirkungsvoller begegnet werden, je zahlreicher die Kollegen in ihrer Organisation vereint sind. Deshalb für jeden einzelnen der ernste Mahnruf: „Auf die Schanzen!“

Soziales.

Die preussischen Landtagswahlen

haben mit der Wahl der Abgeordneten am 16. Juni ihren Abschluß gefunden. Im großen und ganzen stand das Wahlergebnis bereits fest, nachdem am 8. Juni die Wahlmänner gewählt waren. Das famose preussische System der indirekten Wahlen läßt aber auch Überraschungen zu, wie sie diesmal wiederum in einigen Wahlkreisen zu konstatieren waren. Durch die vom letzten Landtag beschlossene Änderung der Wahlkreiseinteilung wurde die Zahl der Abgeordneten von 433 auf 443 erhöht. Der neue Landtag setzt sich nun folgendermaßen zusammen:

Konservative	152	bisher	144
Zentrum	104	„	96
Nationalliberale	64	„	76
Freikonservative	60	„	64
Freisinnige Volkspartei	28	„	24
Polen	15	„	13
Freisinnige Vereinigung	8	„	9
Sozialdemokraten	6	„	—
Dänen	2	„	2
Bei keiner Partei	3	„	5

Betrachtet man das Ergebnis der Wahlen vom Standpunkt der großen kulturellen Aufgaben, welche die preussische Gesetzgebung zu erfüllen hat, dann hat sich an dem Verhältnis der Parteien wenig geändert. Die Mehrheit gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts ist ebenso unerschütterter als die gegen eine fortschrittliche Schulgesetzgebung. Konservativ und Zentrum werden auch fernerhin einen Wall bilden, um zu verhindern, daß Preußen ein moderner Staat wird. Aber trotz der Verstärkung der konservativ-meritokratischen Mehrheit haben die Freunde einer fortschrittlichen Entwicklung einen großen Gewinn zu verzeichnen durch den Eintritt von 6 Sozialdemokraten in das Dreiklassenhaus. Ist die Fraktion der Arbeitervertreter auch schwach, so wird sie doch die Rolle des Hechtes im Karpenteich spielen; vor allen Dingen wird sie dafür sorgen, daß die Wahlrechtsfrage nicht zur Ruhe kommt, bis sie gelöst ist.

Die bürgerlichen Parteien machen zum Einzug der Sozialdemokratie in das preussische Parlament ein sauer süßes Gesicht. Verschämt geben sie zu, daß der stärksten Partei im Staate gewissermaßen auch eine Vertretung im Landtag gebührt, in der Praxis haben sie sich aber die redlichste Mühe gegeben, die Wahl von Sozialdemokraten zu verhindern. Am schäbigsten haben sich in dieser Beziehung die Freisinnigen benommen.

Der Haß des Freisinnigen gegen die Sozialdemokratie ist erklärlich. Nicht etwa weil es in der Hauptsache freisinnige Sitze sind, die von den Sozialdemokraten erobert wurden, dieser Schmerz wäre zu ertragen gewesen, zumal die Möglichkeit vorhanden war, einen Ausgleich dadurch zu schaffen, daß die Freisinnigen mit sozialdemokratischer Hilfe der Reaktion Mandate abnahmen. Aber die Sache hat einen tieferen Grund. Die freisinnigen Parteien waren bisher die äußerste Linke im Parlament; sie erhoben den Anspruch, bei den Wahlen als die einzigen Förderer des Fortschritts angesehen zu werden, auf deren Kandidaten sich die Stimmen aller Gegner der Reaktion zu sammeln hatten. In Wirklichkeit ist es aber mit ihrer Fortschrittsfreundschaft durchaus nicht weit her, wie ihr zweifelhaftes Verhalten in der Wahlrechtsfrage und ganz besonders ihr Pakt mit den Konservativen bewiesen hat. Seit Jahren spielen sie in der deutschen Politik eine zweideutige Rolle, und sie hätten diese auch weiter spielen können, wenn sie im preussischen Landtag die einzigen Vertreter der Linken geblieben wären. Nun ist dieser Plan gescheitert. Sie wissen, daß ihnen die Sozialdemokratie die heuchlerische Maske vom Gesicht reißen wird, und deshalb war ihnen jedes Mittel recht, die Wahl von Sozialdemokraten zu verhindern.

Die Skrupellosigkeit ging so weit, daß allen Ernstes der Plan erwogen wurde, einen großen Schwindel in die Wege zu leiten, um den Sozialdemokraten die sichere Mehrheit in den von ihnen eroberten Berliner Wahlkreisen zu entreißen. Nicht genug damit, daß schon bei der Wahlmännerwahl eigenartige Praktiken geübt wurden, so daß zum Beispiel bei den Entscheidungen durch das Los die freisinnigen Wahlmannskandidaten in ganz außerordentlicher Weise vom Glück begünstigt wurden; man beabsichtigte sogar, so viele Wahlmännerwahlen für ungültig zu erklären, daß sich die sozialdemokratischen Mehrheiten in Minderheiten verwandelten. Der liebliche Plan gelangte nicht zur Ausführung, und so wurden folgende Sozialdemokraten zu preussischen Abgeordneten gewählt: In Berlin V: Borgmann, Berlin VI: Heilmann, Berlin VII: Strösch, Berlin IX: Ströbel, Berlin XI: Liebknecht und Linden: Reinert. In Nitzsch-Schöneberg hielten die Reaktionskräfte aller Schattierungen fest zusammen, um mit knapper Mehrheit den Sieg des Freisinnigen gegen den Sozialdemokraten zu ermöglichen.

In Berlin XII war der Freisinn in einer verzwickten Situation. Die Nationalliberalen hatten ihre Kandidatur zurückgezogen und im ersten Wahlgang schon für den Antisemiten gestimmt; dadurch gerieten die Freisinnigen in die Gefahr, in der Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten, dem nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen, und dem Antisemiten entscheiden zu müssen. Dieser Gefahr sind sie glücklich entronnen; ihr Kandidat erhielt eine Stimme mehr als der Antisemit und kommt somit in die Stichwahl. Obwohl dem sozialdemokratischen Kandidaten Hoffmann, wie gesagt, nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen, ist der Ausfall der Stichwahl, die am 23. Juni vorgenommen wird, noch sehr ungewiß.

Mit dem Ausfall der diesmaligen Landtagswahl kann die Arbeiterschaft durchaus zufrieden sein. Es ist Breche gelegt in das Dreiklassenhaus. Die künstlichen Schutzwehren, die aufgeworfen wurden, um die Arbeiterschaft vom Parlament fernzuhalten, sind durchbrochen, und selbst dann, wenn wider Erwarten das preussische Volk auch nach fünf Jahren noch unter der Dreiklassenfahnde seufzen sollte, wird uns die nächste Wahl weitere Erfolge bringen. — Trotz aller Verfolgungen marschieren wir. Wir, die Niedergeretteten vom Januar 1907!

Herabsetzung des Reichsbankdiskonts. Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz am 18. Juni ganz unerwartet auf 4 Prozent herabgesetzt, nachdem erst am 4. Juni eine Herabsetzung von 5 auf 4 1/2 Prozent erfolgt war. Man könnte diese Herabsetzung als Zeichen für eine Besserung des Geldstandes und somit als den Vorboten einer bevorstehenden Hebung der Wirtschaftslage ansehen, wenn nicht Anzeichen dafür vorhanden wären, daß diese Diskontherabsetzung durch Ursachen veranlaßt wurde, die mit der wirtschaftlichen Lage in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen. In der Presse wird darauf hingewiesen, daß in der nächsten Zeit so hohe Ansprüche an den Geldmarkt gestellt werden, daß diese eher eine Erhöhung des Diskonts rechtfertigen würden. Man sucht deshalb nach anderen Gründen für die auffällige Erscheinung und findet diese in einer sensationellen Rede, die der Deutsche Kaiser kürzlich in Döberitz gehalten hat. Wilhelm II. soll im Hinblick auf die Zukunft der Herrscher von England und Rußland gesagt haben, es läge aus, als ob man uns eintreiben wolle, aber sie sollen uns nur kommen, wir sind bereit. Der kriegerische Klang dieser Worte hat besonders im Ausland großes Aufsehen erregt und auch die Börse, welche für die Gefahr kriegerischer Verwicklungen ein feines Empfinden besitzt, hat auf die Rede reagiert. Man führt nun die Diskontherabsetzung der Reichsbank auf das Streben zurück, die Welt zu beruhigen und zu zeigen, daß keine Veranlassung vorliegt, die Worte Wilhelm II. besonders tragisch zu nehmen. Inwiefern diese Vermutung berechtigt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber leider bleibt die Tatsache bestehen, daß zurzeit keine Aussicht für eine merkliche Besserung der Konjunktur vorhanden ist, und daß auch die neuerliche Diskontherabsetzung eine solche nicht bewirken wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Abtling wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Mai einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 10 Pf. zu erheben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 269075 Karl Ulrich, Tischler, geb. 18. 9. 87 zu Spadow.
 327576 Ernst Ohlms, Tischler, geb. 1. 5. 68 zu Halle.
 342316 Mt. Lammers, Tischler, geb. 28. 2. 49 zu Hochheim.
 400983 Ladislaus Mischanski, Tischler, geb. 5. 5. 73 zu Komarno.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Breslau. Wir geben hiermit bekannt, daß sich unser Bureau vom 18. Juni ab Breslau I, Dominikanerplatz 1a II, befindet. Alle Sendungen für den Gauvorstand sind nur unter dieser Adresse an den Unterzeichneten zu richten. Telephonnummer ist 7118.
 Der Gauvorstand. S. A.: Karl Dietrich.

Korrespondenzen.

Aus dem Bayerischen Wald. Beharrlichkeit führt stets zum Ziele, so kann man auch in bezug auf Agitation in unserer Waldgegend sagen. In den letzten Wochen fanden wieder mehrere Agitationsversammlungen in Regen, Lam, Ottenzell und anderen Orten statt, stets war eine zahlreiche und aufmerksame Zuhörerschaft anwesend, und überall finden sich dann tüchtige Kollegen, die mitzuhelfen sich bereit erklären, um dem Gedanken der Organisation Raum zu schaffen. Mit welcher ungeheurer Mühe und Aufopferung diese Arbeit verbunden ist, davon können sich unsere Kollegen draußen im Lande, denen es mit Hilfe der Organisation schon gelungen, kürzere Arbeitszeit und einen einigermaßen hinreichenden Lohn zu erkämpfen, kaum einen Begriff machen. Wie elend und gedrückt unsere Kollegen hierorts sind, davon nur ein paar Beispiele. In den Spielwarenfabriken in Lam und der näheren Umgegend beträgt die Arbeitszeit zehn und teilweise elf Stunden, der Lohn für männliche Arbeiter 1,80 bis 1,80, höchstens 2 Mk. im Tag, letzteren Lohn erhalten größtenteils nur Vorarbeiter, welche „fogar“ in einzelnen Fällen bis zu 2,50 Mk. bekommen. Arbeiterinnen arbeiten meistens im Alkohol und schwankt hier der Verdienst zwischen 4 bis 6 Mk. die Woche, einige wenige erreichen auch sogar den Lohn von 2 Mk. im Tag. Noch schlimmer schaut es in den Spulenspinnereien aus, welche mittels automatischer Maschinen die Spulen für Nähfadensabriken aus Birkenholz anfertigen. In einer solchen Fabrik in Ottenzell mit 25 Arbeitern besteht Tag- und Nachtschicht, der Betrieb geht ununterbrochen von Montag früh halb 8 Uhr bis zum folgenden Sonntag morgens 4 Uhr. Arbeitszeit pro Schicht 11 1/2 Stunden. Der

Lohn für männliche Arbeiter beträgt 1,20 bis 1,50 Mk. im Tag, der Durchschnittslohn ist 1,30 Mk. oder 11 1/2 Pf. die Stunde. Jugendliche Arbeiter erhalten an den Blockmaschinen 90 Pf., an Kreislösen 1 Mk. pro Tag oder ganze 8 bis 9 Pf. die Stunde. In den Sägewerken ist es ähnlich so gestellt. Wer aber etwa glauben möchte, es herrsche hier bei den schlechten Löhnen keine Antreiberei, der befindet sich auf dem Holzweg, denn die lieblichen „Rosenamen“, die es stündlich hinter den Arbeitern herhalet, belehren einen eines Besseren. Nicht genug damit, es gibt hier sogar noch Betriebe, wo die Auszahlung des fargen Lohnes in das Belieben des Arbeitgebers gestellt ist; einmal gibt es am Montag, das andere Mal am Mittwoch oder gar Donnerstag den für Samstag fälligen Lohn. Zum Erbarmen schaut es angesichts solcher Zustände in den Wohnungen dieser Arbeitsflaven aus, deren ständiger Begleiter der Hunger ist, und wie in allen Glendsgewandten spielt auch hier der Alkohol, das Bier, eine hervorragende Rolle in der Ernährung der Arbeiterfamilie. Was Auswanderern kann, wandert fort nach München, Nürnberg, Mannheim, Frankfurt und anderen Orten, um dort erst zu hören, daß es möglich ist, das traurige Los des Arbeiters zu bessern. Diejenigen Kollegen, welche etwa glauben, wir hätten nicht mehr viel Agitationsarbeit zu leisten, oder welche meinen, dem „Nachfundentag“ allerorts schon hübsch nahe zu sein, sind eingeladen, hier organisatorische Tätigkeit zu entfalten; wer hier mithilft, das Glend zu beseitigen, leistet ein gewaltiges Stück Kultur- und Aufklärungsarbeit für die Menschheit.

Baden-Baden. Am 13. Juni fand hier eine gut besuchte kombinierte Mitgliederversammlung der Zahlstellen Baden, Dös und Gaggenau statt. Kollege Rapp gab den Bericht vom Verbandstag. Trotz der herrschenden Hitze waren die Kollegen der Zahlstellen Dös und Gaggenau fast vollständig erschienen. Beweis dafür, daß die Kollegen Interesse für den Bericht hatten. Kollege Rapp ging auf die wichtigsten Punkte ein und bemerkte hierbei, daß die persönlichen Streitigkeiten innerhalb der Zahlstellen vermieden werden sollen, und daß nur durch ein gemeinsames friedliches Zusammenarbeiten die Entwicklung des Verbandes gefördert werden kann. Wenn auch nicht alle Beschlüsse den Wünschen der Kollegen entsprochen haben, soll uns das nicht entnütigen. Denn gerade in gegenwärtiger Zeit, wo der Druck des Unternehmertums so schwer auf uns lastet, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen. An das Referat knüpfte sich eine anregende Diskussion. Zu begrüßen wäre, wenn noch öfters solche kombinierte Versammlungen stattfinden würden, da man mehr Fühlung mit den Kollegen bekommt und die Versammlungen sich viel interessanter gestalten.

Gißleben. (Korbmacher.) Vier Wochen sind erst vergangen, seitdem die Sperre über Gißleben aufgehoben ist, aber sie scheinen genügt zu haben, um in der Seele des Korbwarenfabrikanten Busch eine Kampfesstimmung zu erregen. Troßdem sich Herr Busch verpflichtet hat, 3 Mk. zu zahlen, scheinen die Vorkommnisse in Grimma und Döben und die Hitze der letzten Tage so gewirkt zu haben, daß er meint, die Korbmacher würden zuviel verdienen, und sie noch froh wären, wenn sie 2,50 Mk. für die Drillinge erhielten. Herr Busch stellt deshalb alle Korbmacher, die kommen, ein und glaubt dadurch Uneinigkeit in die Reihen der Kollegen zu tragen, was ihm aber nicht gelingen wird. Die Kollegen werden erjucht, hier nicht Umschau zu gehen, sondern den Arbeitsnachweis zu benutzen, welcher sich Katharinenstr. 16a befindet.

Jülich. Unter der Stichmarke „Solidarität“ berichtet die Lokalstelle „Einigkeit“ über den Streit der Hilfsarbeiter bei der Firma Kaufel. Danach sollen die in dem Betrieb beschäftigten Schreiner mit Wissen der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes die Arbeit der Hilfsarbeiter mitgemacht und dadurch zur Verlängerung des Streiks beigetragen haben. Darüber hinaus hätte die Verwaltung arbeitslose Mitglieder unter Androhung des Entzugs der Arbeitslosenunterstützung zu zwingen versucht, Streikarbeit zu verrichten. Gegenüber dieser Schandthat wollen wir feststellen, daß der Streit durch die Selbsttätigkeit und das Eingreifen des Holzarbeiterverbandes zugunsten der Hilfsarbeiter beendet wurde. Wichtig ist, daß der Streit überhaupt nicht notwendig geworden wäre, wenn die Verwaltung des Hilfsarbeiterverbandes sich zuerst mit der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes genügend verständigt hätte, wie dieses bei früheren Anlässen öfter schon der Fall war. Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß der Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern mit Wissen Arbeiten der Hilfsarbeiter verrichten ließ, weil derselbe Verband seinen Mitgliedern, soweit sie Schaden durch Hindernisse dieses Streiks hatten, denselben ersetzte. Für die Behauptung, es seien organisierte Mitglieder des Verbandes durch den Druck der Verwaltung als Streikbrecher gesandt worden, wird die „Einigkeit“ den Wahrheitsbeweis vor Gericht zu erbringen haben. Wir sind sonst kein Freund von dem zum Kadi laufen, aber die Verdächtigungen zwingen uns, in diesem Falle einmal ein Exempel zu statuieren.

Gartha. Es wird die Kollegen interessieren, einiges von dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der ersten Garthaer Hochbaumwagenfabrik (genannt Laubenschlag) von M. J. Plennikowitsky & Co. zu hören. Bei vorkommenden Differenzen ist Herr Plennikowitsky stets bereit, alles auf gutlichem Wege beizulegen, aber kaum sind einige Stunden verstrichen, so versucht er durch alle möglichen Schikanen das Zugeständene wieder zurück zu machen. So zum Beispiel ist es fast keinem Kollegen möglich, sein Arbeitsverhältnis zu lösen ohne scharfe persönliche Auseinandersetzungen mit dem Chef, welche schon vielfach zu Handgreiflichkeiten geführt hätten, wenn die Kollegen nicht anständiger und besonnener wären wie Herr Plennikowitsky. Öfters kommt es vor, daß Herr Plennikowitsky austretenden Arbeitern Lohnabzüge macht, so daß sie die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen müssen, um zu ihrem Gelde zu kommen. Aber auch sonst bestehen in diesem Betrieb Mißstände, welche der Abhilfe bedürfen. So hat der Unternehmer bei der letzten Bewegung 1906 zugegeben, daß die Ventilationen in Ordnung gebracht werden sollen, da fast alle verfehrt angebracht sind. Dann lassen auch die Ofen sehr viel zu wünschen übrig; da ist vielfach solcher Rauch, daß es kaum zum Ausatmen ist. Die Worte sollen laut Zusage alle 14 Tage gecheckert werden, aber es ist lange her, jetzt kann man es sich fast gar nicht mehr merken, wenn dieselben das letzte Mal gecheckert worden sind, und so könnten

wir noch mehrere Beispiele anführen. Kollegen, aus dem Angeführten ist ersichtlich, daß es zweckmäßig ist, den Vertrieb zu meiden und nicht auf die Inzerate hereinzuweisen, welche Herr Plennikowitsky in verschiedenen Zeitungen losläßt. Kollegen, die nach Gartha zu reisen beabsichtigen, mögen sich, ehe sie in Arbeit treten, bei der Lokalverwaltung erkundigen.

Haynau. Ein „Erholungsheim“ soll nach den Äußerungen des Werkmeisters Ulrich die hiesige Möbelfabrik von Lehder & Weyrauch sein. Der gute Mann hatte zu Pfingsten Gelegenheit, in Breslau einen Betrieb in vollem Gange zu besichtigen, und da sei „ganz anders geschuftet worden“. Wie dem nun auch sei, den hier beschäftigten Kollegen kann man wirklich nicht ansehen, daß sie zur Erholung in dem Betrieb sind. Für manchen wäre es vielleicht sehr notwendig, ein „Erholungsheim“ aufzusuchen und seine abgerackerten Glieder wieder etwas zu kräftigen. Da sich nun der Herr Werkmeister vorgenommen hat, ganz energisch gegen uns Front zu machen, so wird es sehr ratsam sein, die dort beschäftigten Arbeiter durch eine geschlossene Organisation widerstandsfähig zu machen. Darum, ihr Haynauer Holzarbeiter: Verein in den Deutschen Holzarbeiterverband, welcher schon zehntausenden Kollegen eine menschenwürdige Existenz geschaffen hat. Fort mit der alten Gleichgültigkeit, denn nur durch die Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft ist es möglich, dem Unternehmertum etwas abzutreten. — Zu welchem Zwecke die Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine noch da sind, haben sie am dritten Pfingstfeiertag bewiesen. Der Kaiser ist per Automobil durch die gute Stadt Haynau gefahren. Alle Vereine aus Stadt und Land wurden aus diesem Anlaß zur Spalierbildung zusammengetrommelt. Da hatten auch die braven Hirsche Gelegenheit, ihren Daseinszweck zu beweisen. Prompt, wie dieselben bei solchen Anlässen sind, rückten sie mit ihrer Fahne an. Ob sie für ihre Brauheit einen Orden erhalten haben, konnten wir bis jetzt noch nicht erfahren. Kollegen, seit mehr als 20 Jahren haben die Hirsche ihr Lager hier aufgeschlagen, aber noch nie hat man gehört, daß dieselben etwas Erprießliches für die Arbeiter getan haben. Selbst für den rückständigsten Arbeiter müßte es bald klar sein, daß sein Platz in einer freien Gewerkschaft ist. Und so können auch wir in Haynau mit Genugtuung sagen, daß die Zahl der Hirsche immer kleiner wird. Vielleicht ist es uns in nicht zu langer Zeit vergönnt, den braven Hirschen das Grabgeleit zu geben.

Diegitz. Das Gäßlein der streitenden Bautischler wird immer kleiner. Immer mehr Arbeitgeber müssen einsehen, daß ihre Absicht, die Löhne um 10 Prozent zu kürzen, an der Einigkeit der Kollegen, die jetzt schon die zwölfte Woche tapfer im Streit stehen, zuschanden werden muß. So kommt denn einer nach dem andern von ihnen, um seine Erklärung abzugeben, den alten Tarif für weiterhin anzuerkennen. Von 70 am Orte beschäftigten Bautischlern streiken nur noch 22. Die übrigen arbeiten zum alten Vertrag weiter. Aber auch die wenigen noch im Streit befindlichen sind entschlossen, ihre gerechte Sache bis zum Siege durchzukämpfen. Darum, Kollegen, haltet den Zugzug fern.

Dösch. Seit zirka sechs Jahren haben wir nichts von uns hören lassen. In unserem letzten Bericht klagten wir über große Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen, speziell der bei der Firma Kopp & Haberland beschäftigten. Es sind uns damals von auswärts Anfragen zugegangen, ob denn die Verhältnisse wirklich so liegen, wie sie geschildert worden seien. Nach diesem Zeitpunkt setzte am Orte eine durchgreifende Agitation ein, welche im Gefolge hatte, daß sich die Zahl der Mitglieder bedeutend erhöhte. Auch die Kollegen bei Kopp & Haberland schlossen sich in größerer Anzahl dem Verband an. Es begann jetzt eine Periode, wo es für die Verwaltung eine Lust war, die Geschäfte des Verbandes zu erledigen. Leider war diese Periode nicht von langer Dauer. Nach und nach traten zirka 12 Kollegen wieder aus beziehungsweise mußten gestrichen werden. Das war eine bedauerliche Erscheinung, um so mehr, da es verheiratete und anständige Kollegen waren, darunter auch solche, welche der Verwaltung angehört hatten. Sie sagten einfach, es habe für sie keinen Zweck. Wenn auch der gegenwärtige Stand der Organisation verhältnismäßig kein schlechter genannt werden kann, so könnte aber doch die Mitgliederzahl um mindestens 50 höher sein. Auch der Besammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig. Es ist ein durchaus besammlendes Zeichen, wenn eine Versammlung stattfindet und eine große Anzahl Mitglieder glänzen durch Abwesenheit, vertreiben sich die Zeit beim Kartenpiel oder unterstützen Veranstaltungen der Vergnügungsvereine. Um den Indifferentismus und die Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen nach Möglichkeit zu beseitigen, wird die Lokalverwaltung in allernächster Zeit eine energische Agitation entfalten. Wollen wir hoffen, daß dieselbe von schönem Erfolg gekrönt sein möge. Mögen die uns noch fernstehenden Kollegen endlich einsehen, daß der Verband imstande ist, die Interessen der Holzarbeiter in hohem Maße mit Nachdruck zu vertreten und zu wahren. Mögen sie einsehen, daß es auch ihre Pflicht ist, für bessere Lebensbedingungen einzutreten und sich dem großen Ganzen anzuschließen. Mögen aber auch die Mitglieder begreifen, daß eine Organisation, welche den gegenwärtigen Kämpfen voll gewachsen sein will, aufgeklärte, wirklich überzeugte und klarschauende Mitglieder in hohem Maße benötigt. Mögen daher die Mitglieder in Zukunft aufmerksamer die Zeitung lesen und fleißiger und pünktlicher die Versammlungen besuchen, damit dieselben ihren Zweck besser erfüllen als bisher.

Stettin. (Wirkstenermacher.) Der Inhaber der Norddeutschen Wurstindustrie, Herr Goldbach, ist befreit, möglichst nur unorganisierte Arbeiter zu beschäftigen. Vor 14 Tagen wurde der Obmann der hiesigen Sektion entlassen, weil er, nach Aussage des Werkmeisters, zu viel in der Werkstätte agitiert hätte. Daß der Werkmeister diesen von Herrn Goldbach angeordneten Grund dem Entlassenen mitteilte, ging dem Fabrikanten wider den Strich, und so wurde auch der Werkmeister „wegen Vertrauensbruch“ entlassen. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht, wo der Meister wegen kündigungslöser Entlassung klagte, bestätigte Herr Goldbach, daß alles, was in seinem Betrieb organisiert ist, hinausfliege. Tatsächlich erfolgten auch weitere Entlassungen, während die Fabrik gleichzeitig in der Fachpresse Arbeiter sucht. Seiner Abneigung gegen die Organisation gibt Herr Goldbach auch in dem Inzerat „Ausdruck durch die geschmackvollen Worte: „Verbändler Papierkorb.“ Öffentlich werden ihn die Kollegen, schon aus Furcht vor dem schrecklichen Papierkorb, nicht mit Ur-

beitsangeboten belästigen, zumal 25 Prozent Lohnabzug gemacht sind, die allerdings in dem Inserat verschwiegen werden. Herr Goldbach betreibt hier übrigens noch ein Drogengeschäft, dessen Besuch durch Verbändler er bisher nicht verboten hat. Ein solches Verbot ist aber auch nicht erforderlich, denn der drohende Papierkorb wird die organisierten Arbeiter in Stettin schon hindern, diesen Boden zu betreten.

Thorn. Wie anderwärts, so haben wir auch hier an der russischen Grenze unter der herrschenden Arbeitslosigkeit zu leiden, was die Unternehmer ausnützen, um sich von der Einhaltung des Tarifs zu drücken. Solche Abzüge von den tariflich festgesetzten Preisen sind schon in den Betrieben von Soppart und bei Heise & Bibuhn vorgekommen. Die Kollegen sollten doch, schon mit Rücksicht auf die Mühe, welche auf den Abschluß des Tarifs verwendet wurde, mehr auf die Einhaltung desselben achten. Bei der Firma Bartel bestehen zurzeit Differenzen, da der Tarif in diesem Betrieb am 15. Juli abläuft und der Unternehmer sich weigerte, in Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifs einzutreten. Was uns hier besonders fehlt, ist die Einigkeit der Kollegen. An dem Reid und der Mühsamkeit, mit der wir zu kämpfen haben, trägt ja die herrschende Arbeitslosigkeit ein gut Teil schuld. Aber die Kollegen sollten stets bedacht sein, daß unsere Uneinigkeit nur den Unternehmern zum Vorteil gereicht. Auch in bezug auf Agitation dürfte mehr gesehen werden. Es wäre noch mancher Kollege für die Organisation zu gewinnen, man darf aber nicht alle Arbeit der Lokalverwaltung allein überlassen. Zweckmäßig wäre auch ein besserer Ausbau des Vertrauensmänner-systems; das wichtigste ist aber, daß sich die Kollegen stets ihrer Pflicht bewußt bleiben und jeden Versuch der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen energisch zurückweisen.

Wulsdorf. (Korbmacher.) Seit einigen Jahren war es uns gelungen, die Grünordmacher an der Unterweser zu organisieren. Die fortgesetzte Agitation bewirkte, daß so ziemlich alle Korbmacher der Orte Wulsdorf, Sellstedt, Doffstedt, Donnern, Beshövede und Geestemünde organisiert sind. Infolge dessen konnten wir unseren Lohn erhöhen und auch sonst auf die Verhältnisse günstig einwirken, freilich nicht ohne fortgesetzten Widerstand der Unternehmer. Immer wieder mußten wir wegen des mangelhaften Materials vorstellig werden, und immer wieder stellten sich die Unternehmer entzündet, wenn wir darauf drängten, daß die gemachten Zusagen innegehalten werden. Was Wunder nun, daß sich die leitenden Kollegen dadurch unbeliebt machten. Solange die Organisation besteht, heißt es auch schon, daß nur ein paar Leute die Mergler seien, und wenn diese fort wären, dann hätten wir zufriedene Leute. Eine Gelegenheit, die zwei Verhafteten los zu werden, bot sich jetzt. Das Geschäft geht, wie jeden Sommer, flau und bei dem Arbeitgeber Karl Lange besonders schlecht. Von 15 Mann im Winter sind noch 4 beschäftigt, und auch diesen war die Mitteilung geworden, sie sollten sich nach anderer Arbeit umsehen. Unter diesen befand sich unser Bevollmächtigter Bliesert und der Kollege Renner, welche beide die Arbeitgeber besonders in ihr Herz geschlossen haben. Beide mußten nun erleben, daß sie bei der Suche nach Arbeit überall abgewiesen wurden, während andere Kollegen eingestellt wurden. Beim Meister Barve in Beshövede wurde Renner nicht eingestellt, trotzdem ein Kollege seinethalben aufhören wollte. Hermann Lange-Wulsdorf meinte, man könne es ihm doch nicht verdenken, wenn er Leute nicht einstelle, von welchen er glauben könne, daß er durch sie Schaden hätte. Unsere Versammlungen vom 14. und 17. Juni beschäftigten sich mit dieser Angelegenheit, und es wurde beschlossen, Abwehrmaßregeln zu ergreifen. Die auswärtigen Kollegen sollen ersucht werden, die Gegend hier zu meiden. Sobald Arbeitslose vorhanden sind, wollen die Lebigen abreißen. Hoffentlich bestimmen die Herren Arbeitgeber sich bald eines Besseren. An alle auswärtigen Korbmacher richten wir hiermit die Bitte, den Ort auf alle Fälle zu meiden und jedes schriftliche Arbeitsangebot zu unterlassen, dann werden wir mit unseren Arbeitgebern schon fertig. Dann können wir auch für den Herbst auf einen günstigen Abschluß eines neuen an Stelle des am 15. Oktober ablaufenden Tarifs denken. Unsere nächste Versammlung wird sich mit der Schaffung eines Arbeitsnachweises beschäftigen.

Zenlenroda. Die Firma M. May, Möbelfabrik, sucht fortgesetzt in den verschiedensten Zeitungen Deutschlands tüchtige Tischler, möglichst verheiratete, auf gute Möbelarbeit. Zurzeit sucht sie ebenfalls wieder Tischler, trotzdem keine Plätze frei sind. Oft stehen nicht einmal allen Lehrlingen Hobelbänke zur Verfügung. Es haben sich somit in dem Betrieb des Herrn May unhaltbare Zustände herausgebildet. Diese müssen beseitigt werden. Es wird daher gebeten, diesen Betrieb bis auf weiteres streng zu meiden und den Arbeitergesuchen des Herrn May überall die nötige Beachtung zu schenken. Kein Kollege darf bei genannter Firma in Arbeit treten, bevor er sich nicht beim dortigen Bevollmächtigten erkundigt und eine zusage Antwort erhält.

Buffenhäuser. Am 13. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Als wichtigster Punkt stand die Bericht-erstattung vom Verbandsstag in Stettin auf der Tagesordnung, zu der als Referent der Hauptkassierer unseres Verbandes, Kollege König, erschienen war. Dem Redner wurde für seine fünfviertelstündigen, leicht verständlichen Ausführungen lebhafter Beifall zuteil. In der Diskussion erklärte sich zunächst Kollege Bay mit der Festlegung der Maßfeier nicht einverstanden; er hätte gewünscht, daß ein definitiver Beschluß gefaßt würde. In sehr scharfer Weise sprach sich Kollege Reeber gegen die Sitzverlegung aus; er meinte, daß es für diesen Verbandstag nicht gerade rühmlich sei, der zu Anfang unter Polizeiaufsicht stand, nun den Hauptvorstand von einem Staat, in dem man derartige nicht kennt, wegnimmt und ihn in den preussischen Polizeistaat hineinwirft. Auch der Umzugskostenpunkt sei in Betracht zu ziehen. Nachdem sich noch verschiedene Kollegen ausgesprochen hatten, erhielt Kollege König das Schlusswort. Er suchte die Ausführungen der Diskussionsredner zu widerlegen, indem er die Gründe des Hauptvorstandes zur Herausgabe der vorjährigen Maßfeierparole darlegte; auch freifte er kurz die freiwilligen Extrabeiträge vom vorigen Jahr. — Besprochen wurde noch der am 28. Juni stattfindende Ausflug, bei dem die Bietigheimer Kollegen besucht werden sollen. — Bedauerlich ist es, daß diese interessante Versammlung nur von circa 25 Kollegen besucht war, da

jeder günstige Gelegenheit gehabt hätte, sich über Verbandsangelegenheiten, besonders aber über Extrabeiträge auszusprechen. Wir hoffen, daß sich die hiesigen Kollegen wieder aufraffen und unsere Mitgliederversammlungen fleißiger besuchen, als dies in letzter Zeit der Fall war; nächstes Jahr läuft unser Vertrag ab, und da muß jeder einzelne auf dem laufenden sein.

Sterbetafel.

- Fritz Kreifenbaum, Tischler, geb. 1. März 1859 zu Hameln, gest. 19. April 1908 zu Esberfeld.
- Alfred Richter, geb. 12. August 1886 zu Wilsdruff, gest. 18. April 1908 zu Esberfeld.
- Fritz Eichbaum, geb. 24. April 1877 zu Frankfurt a. O., gest. 17. April 1908 ebenda.
- Gmil Sent, Schreiner, geb. 7. Juli 1865 zu Diedesheim, gest. 25. April 1908 zu Mannheim.
- Georg Ludwig, Schreiner, geb. 21. Juni 1850 zu Hurlingen, gest. 15. Mai 1908 zu Mannheim.
- Josef Schneiderhan, Schreiner, geb. 2. Oktober 1873 zu Nordstetten, gest. 9. Mai 1908 zu Stuttgart.
- Friedrich Christen, Schreiner, geb. 1. März 1830 zu Bern, gest. 29. April 1908 zu Grünstadt.
- Karl Heubach, geb. 10. Juli 1883 zu Hof, gest. 26. April 1908 zu Düsseldorf.
- Wilhelm Hoffmüller, Weizer, geb. 28. Januar 1867 zu Breslau, gest. 21. April 1908 ebenda.
- Alfred Seriot, Tischler, geb. 28. Februar 1877 zu Olz, gest. 24. April 1908 zu Breslau.
- Johann Schwiersgott, Tischler, geb. 14. Mai 1853 zu Gochsitz, gest. 7. Mai 1908 zu Breslau.
- Stanislaus Lubwidzak, Tischler, geb. 29. April 1888 zu Guhra, gest. 14. Mai 1908 zu Breslau.
- Karl Fests, Schreiner, geb. 28. Januar 1868, gest. 22. Mai zu Raupfeuren.
- Emil Knop, Tischler, geb. 31. Oktober 1885 zu Kolberg, gest. 17. Mai 1908 ebenda.
- Otto Bahr, Tischler, geb. 4. Juni 1876 zu Puddensdorf, gest. 31. Mai 1908 zu Kolberg.
- Johann Dietrich, Drechsler, geb. 20. August 1878 zu Zirndorf, gest. 30. Mai 1908 zu Nürnberg.
- Richard Gräfe, Stellmacher, geb. 24. Juli 1876 zu Putznitz, gest. 2. Juni 1908 zu Leipzig.
- Franz Prause, Tischler, geb. 5. Februar 1877 zu Göslin, gest. 9. März 1908 ebenda.
- Eduard Rothfriz, geb. 3. Juni 1908 zu Emden.
- Peter Bahr, geb. 17. Juli 1883 zu Auerbach, gest. 28. Mai 1908 ebenda.
- Oskar Prager, geb. 18. Februar 1886 zu Zeulentoda, gest. 31. Mai 1908 zu Pausa i. S.
- Wilhelm Eisler, Tischler, geb. 30. August 1859 zu Michelwitz, gest. 27. Mai 1908 zu Breslau.
- Johann Rahm, Maschinenarbeiter, geb. 3. März 1869 zu Grafenau, gest. 19. Juni 1908 zu München.
- Wendelin Spahn, Tischler, geb. 3. Mai 1875 zu Wschaffenburg, gest. 7. Juni 1908 zu Solingen.
- Robert Frießel, Maschinenarbeiter, geb. 8. April 1861 zu Oberhäselich, gest. 6. Juni 1908 zu Obenaundorf bei Rabenau.
- Clemens Jähmig, Stuhlbauer, geb. 16. Dezember 1859 zu Worlas, gest. 11. Juni 1908 zu Großlisa bei Rabenau.
- Martin Hofer, Tischler, geb. 11. November 1857 zu Wonnigen, gest. 21. Mai 1908 zu Stettin.
- Heinrich Rohls, Tischler, geb. 7. August 1862 zu Stettin, gest. 15. Juni 1908 ebenda.
- Hermann Rötterba, Tischler, 37 Jahre alt, gest. 4. Juni 1908 zu Königshütte.
- Bruno Barthol, Tischler, geb. 22. November 1884 zu Leipzig, gest. 15. Juni 1908 ebenda.
- Emil Hackert, Tischler, geb. 12. April 1882 zu Stötteritz, gest. 16. Juni 1908 zu Leipzig.
- Paul Müdenhagen, Möbelschleifer, geb. 11. Juni 1888 zu Wittenberge, gest. 19. Juni 1908 ebenda.
- Hermann Bruns, Tischler, geb. 8. Juli 1862 zu Brilow, gest. 16. Juni 1908 zu Brandenburg.
- Karl Müller, geb. 30. Juli 1874 zu Falkenberg, gest. 14. Juni 1908 zu Silenbourg.
- Wilhelm Jacobi, Schreiner, geb. 8. Januar 1868 zu Bierschied, gest. 3. Juni 1908 zu Frankfurt a. M.
- Joseph Wittmann, Schreiner, geb. 7. März 1854 zu Fulda, gest. 13. Juni 1908 zu Frankfurt a. M.

Chre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Bärenstein bei Glashütte in Sachsen waren in dem Betrieb der Firma Leinbrock die Kollegen wegen Nichtbewilligung der gestellten Forderungen in den Umständen getreten. Die Firma lehnte zunächst ein genügendes Entgegenkommen ab. Infolge der Gefahr des Übergreifens des Streiks auf den Hauptbetrieb in Niedersiedlich kam es jedoch am Sonntag den 14. Juni im Beisein unseres Gauvorsitzers Kollegen Gerlicke zu neuen Verhandlungen, welche allerdings einen endgültigen Abschluß noch nicht brachten. Die Verpeigerung von Streikarbeit führte aber schon am Montag in Niedersiedlich zu ersten Differenzen. Durch nunmehr vom Gauvorsitzer im Hauptgeschäft angebahnte Verhandlungen kam es bald zu einer Einigung, welche zur Arbeitsaufnahme in Bärenstein und Niedersiedlich führte. Der endgültige Abschluß der Lohnbewegung wird erst nach Rückkunft eines verreisten Teilhabers erfolgen. Die hauptsächlichsten Zugeständnisse sind 5 Stunden Arbeitszeitverkürzung, 3 bis 4 Pf. Lohnerhöhung und 10 Pf. Zuschlag für Überstunden. Die Kollegen in Bärenstein dürfen nun gesehen haben, daß in der Organisation die Arbeiterschaft eine wertvolle Waffe besitzt, und dafür sorgen, daß alle Holzarbeiter von Bärenstein und Umgegend halb allgemein den Nutzen der Organisation erkennen.

In Detmold ist es zu ernsthaften Differenzen gekommen. Seitdem in die Spellenbergische Möbelfabrik ein Herr Strohmeyer als Teilhaber eingetreten ist, spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu. Der Herr will durchaus Lohnabzüge vornehmen; er erklärt, er wolle Ruhe in seinem Betrieb

schaffen, und er verbitte sich das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Es kam zu Entlassungen, welche Fremden erregten. Der vorkprechenden Kommission teilte Herr Strohmeyer mit, daß keine Aufträge vorhanden seien. Daraufhin erklärten sich die ledigen Kollegen bereit, den Betrieb zu verlassen, um den Verheirateten, denen gekündigt war, die Arbeit zu belassen. Das schien Herrn Strohmaier nicht zu passen, denn sofort wurden zwei Kommissionsmitglieder und der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle entlassen. Ähnliche Verhältnisse herrschen auch in anderen Betrieben; so wurde der zweite Bevollmächtigte wegen angeblichem Arbeitsmangel entlassen, obwohl wenige Tage zuvor in demselben Betrieb drei jüngere Kollegen eingestellt waren. Eine am 19. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung, die von circa 200 Kollegen besucht war, erklärte sich mit den Gemäßigten solidarisch, und am 20. Juni beschlossen die Kollegen, in der Spelmanschen Fabrik die Arbeit einzustellen. Da der Streik weitere Kreise ziehen kann, ersuchen wir, den Zugang streng fernzuhalten.

In Dülmen befinden sich die Geschloßkorbmacher bei W. Frishe sen. und jun. seit drei Wochen im Ausstand. Leider haben sich 12 Streifbrecher eingefunden, so daß die unternommenen Einigungsversuche bis jetzt vergeblich waren. Frishe hat noch 16000 Geschloßkörbe zu liefern und von der alten Lieferung sind noch 6000 anzufertigen. Für diese war ein Lohn von 3 Mk. vereinbart, für die neue Lieferung will er aber nur 2,50 Mk. bezahlen. Nun will die Firma durchschnittlich 2,70 Mk. zahlen, worauf sich jedoch die Kollegen nicht einlassen können. Sie verlangen für die alte Lieferung die vereinbarten 3 Mk. und für die neuen Körbe müßte erst ein Lohn vereinbart werden. Der Streik dauert also fort.

In Emden ist der Vertrag bereits am 1. April abgelaufen, ohne daß es zu einer Einigung über dessen Erneuerung bisher gekommen wäre. Die Unternehmer stützen sich darauf, daß der Vertrag für das Baugewerbe immer noch nicht fertig ist. Für uns kann das zwar nicht ohne weiteres maßgebend sein, aber trotzdem wollen wir den Herren ruhig Zeit lassen, wir haben absolut keine Eile. Nur ein Umstand kommt in Betracht, welcher geeignet ist, das bisherige friedliche Zusammenarbeiten unmöglich zu machen, nämlich die von den Unternehmern vollzogene Gründung eines völlig einseitigen, unparitätischen Arbeitsnachweises, dessen Verwaltung natürlich in den Händen des Arbeitgeberverbandes ist. Dieser Nachweis muß von sämtlichen Arbeitgebern Emdens unter Androhung hoher Konventionalstrafen benutzt werden, obwohl durch den Berliner Schiedsspruch für das Baugewerbe die Unternehmer gezwungen wurden, ihre diesbezüglichen Forderungen fallen zu lassen. Daß trotz alledem unsere Emdener Scharfmacher an ihrem Nachweis festhalten und keinen Arbeiter ohne diesen einstellen, ist jedenfalls ein weiterer Beweis für deren Friedensliebe und Vertragstreue. Unsere Kollegen sollten gleichfalls die Vermittlung durch dieses Musterinstitut über sich ergehen lassen, was sie aber entschieden ablehnten. Obwohl seitens unserer Organisation keine Sperre desselben ausgesprochen worden ist, weigern sich dennoch die Kollegen einmütig, den Unternehmensnachweis zu benutzen, und nehmen eher die Not wochenlangender Arbeitslosigkeit auf sich, als auf solche Weise vor den Unternehmern zu Kreuze zu kriechen. Letztere sind nun in ihrer Verlegenheit auf einen merkwürdigen Trick verfallen. Während am Orte selbst genügend anständige Arbeitskräfte vorhanden sind, die aber nur durch Vermittlung des Unternehmensnachweises Arbeit erhalten dürfen, erlassen die Unternehmer in allen möglichen auswärtigen Zeitungen Inserate nach tüchtigen Tischlergesellen, welche dann aber ohne Vermittlung des Nachweises eingestellt werden. Auf diese Weise sollen die auswärtigen Kollegen gegen die hiesigen ausgespielt werden in der ausgesprochenen Absicht, unsere Organisation und Einigkeit zu untergraben, damit die Unternehmer alsdann zur Verfolgung ihrer Pläne keinen Widerstand mehr zu befürchten brauchen. So leicht werden wir ihnen das aber nicht machen, wir müssen uns energisch gegen solche MACHENSCHAFTEN zur Wehr setzen und erwarten daher auch von unseren auswärtigen Kollegen, daß sie diesen Feinden den nötigen Ernst betreiben und uns in jeder möglichen Weise unterstützen. Bevor ihr nach Emden kommt, zieht erst bei der Ortsverwaltung Erkundigungen ein.

In Essen waren, um die beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren, sämtliche Schreiner der Firma Bruns gezwungen, am 13. Juni die Arbeit einzustellen, nachdem am Tage vorher 8 Kollegen entlassen waren. Diese hatten sich geweigert, eine neue Arbeit zu einem diktierten (nicht vereinbarten) Akkordpreis anzunehmen, bei dem sie nicht auf ihren Lohn gekommen wären, wie dies auch schon bei einigen früheren Arbeiten der Fall war. Die hiesigen Arbeitgeber des Schreiner-gewerbes sind der Meinung, daß nunmehr keine vertraglichen Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis bestehen und somit die beste Gelegenheit gegeben sei, die bestehenden Löhne herunterzudrücken. Haben sie doch nach dem 1. Mai in sämtlichen größeren Betrieben einen Anschlag gemacht, daß das Arbeitsverhältnis jetzt nach freier Vereinbarung geregelt werden soll. Wie dies gedacht ist, zeigten uns besonders deutlich die Maßnahmen des Herrn Bruns. Wäre diesen nicht entgegengetreten worden, so wäre die Verschlechterung gar bald auf der ganzen Linie bemerkbar gewesen. Und dies trotz Schiedsspruch, dem allerdings die hiesigen Schutzverbändler noch nicht zugestimmt haben und den im Gange befindlichen Verhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Baubund. Die mit Vertretern der Arbeitgeberverbände gepflogenen Verhandlungen in Sachen Bruns führten eine Einigung herbei. Herr Bruns erkennt den alten Vertrag als so lange bestehend an, bis ein neuer abgeschlossen wird. Die Arbeit, die zur Differenz Veranlassung gegeben, soll in Lohn angefertigt werden. Die Kollegen nahmen am 19. Juni die Arbeit wieder auf. Die Sache hatte noch eine komisch wirkende Schlussnote. Nachdem am 17. Juni, nachmittags, die Einigung erzielt war, ließ bei der hiesigen Verwaltung in den Abendstunden ein Schreiben des Herrn Hugo Kütelsaus, des spiritus rector der hiesigen Schutzverbändler, ein; danach sollten sämtliche Schreiner-gesellen Essens ausgespart werden, wenn am 19. Juni nicht die nach Meinung der Arbeitgeber „widerrechtlich“ verhängte Sperre über den Betrieb des Herrn Bruns aufgehoben wäre. Der Bluff kam einen Posttag zu spät.

In **Gotha** ist die Aussperrung in der Waggonfabrik am 17. Juni beendet worden. Der Hauptschlag, die Organisation lahmzulegen, ist abgewehrt. Die Direktion, die früher prinzipiell nicht mit Vertretern des Verbandes als solchen verhandeln wollte, erkennt jetzt die Organisation an und erkläre sich bereit, gegebenenfalls stets mit den Vertretern derselben zu verhandeln. Mögen die Kollegen auch fernerhin so einmütig zusammenhalten, damit sie für alle Eventualitäten gewappnet sind.

In **Grünstadt** dauert der Streit in der Möbelfabrik H. Schumacher (Inh. G. Seelenberger) unverändert fort. Trotz eifriger Bemühungen der Firma hat sich nur ein einziger Arbeitswilliger von Worms eingefunden. Auf der Suche nach Streikbrechern wird die Firma von einem in Grünstadt wohlbekannten Herrn Heinrich Wang auf eifrigste unterstützt. Mit diesem Agenten hat die Firma jedoch kein Glück, denn schon sein wenig Vertrauen erweckendes Äußeres bewirkt, daß kein Mensch seinen Lockungen Folge leistet. Wir werden den nun schon vier Wochen dauernden Streit mit aller Ruhe, aber energisch zu Ende führen; gilt es doch, unseren einzigen Stützpunkt, den Bestand unserer Organisation am Orte zu verteidigen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, uns durch Fernhaltung des Zugangs unterstützen zu wollen.

In **Hannover** ist die Aussperrung der Bürstenmacher bei Knappworst & Sohn nach vierwöchiger Dauer erfolgreich beendet. Da sich einige Streikbrecher im Betrieb eingestellt hatten, wurden noch nicht alle Kollegen wieder eingestellt. Es wird deshalb ersucht, die Firma nicht mit Arbeitsangeboten zu belästigen.

In **Magdeburg** haben die Verhandlungen über den Vertragsabschluss, nachdem sie sich drei Monate lang hingezogen hatten, zu einem merkwürdigen Resultat geführt. Anfangs wollten die Unternehmer überhaupt nichts bewilligen und nur den von ihnen gekündigten Vertrag diesmal mit dem Verband direkt abschließen. Nach Äußerungen, die einzelne Meister im vorigen Herbst fallen ließen, durfte man annehmen, daß sie sich bereits damit abgefunden hatten, zum 1. April Zugeständnisse zu machen. Inzwischen dürften sich auswärtige Einflüsse geltend gemacht haben, und es sollte überhaupt nichts bewilligt werden. Dagegen sollte der abzuschließende Vertrag nur bis zum Jahre 1910 laufen, wo auch der Vertrag der Bauhandwerker abläuft. Diesen Standpunkt vertraten die Herren auch in der gemeinschaftlichen Sitzung am 4. Juni. Die Herren Rahardt und Jobbe vom Schutzverband, welche ihre Magdeburger Kollegen zur Annahme des Schiedspruchs bewegen wollten, hatten einen harten Stand. Die hiesigen Unternehmer erklärten hartnäckig, bis 1911 gibt es keinen Vertrag. Schließlich erklärten die Unternehmer, nachdem sie eine Stunde gefondert beraten hatten, sie könnten keine Verpflichtung eingehen, die Generalversammlung am 12. Juni müsse erst einen definitiven Beschluß fassen. Am 13. Juni wurde Kollege Gorgas als Vertreter unserer Zahlstelle zum Vorsitzenden des Schutzverbandes gebeten, um „einige Kleinigkeiten“ zu besprechen und den Vertrag eventuell zu unterschreiben, da die Meister den Ablaufstermin 1911 angenommen hätten. Die „Kleinigkeiten“, welche abgeändert werden sollten, waren folgende:

1. Die Regelung von Anfang und Ende der Arbeitszeit soll jeder Werkstatt überlassen bleiben. 2. Der Durchschnittslohn soll jedem Durchschnittsarbeiter gezahlt werden für die Arbeitsstunde. Die Löhne für jugendliche Arbeitnehmer bis einschließlich 20 Jahren und ältere Arbeitnehmer, welche nicht mehr im Vollbesitz ihrer geschäftlichen Leistungsfähigkeit sind, unterliegen der freien Vereinbarung, soll gestrichen werden. Die Herren verlangen das alte Regime wieder, nach welchem es ihnen möglich war, ganz nach Willkür Löhne zu zahlen. Sämtliche in der Werkstatt gezahlten Löhne werden zusammenaddiert und durch die Arbeiterzahl dividiert und so der Durchschnittslohn festgesetzt. Trotzdem den hiesigen Arbeitgebern selbst vom Schutzverbandszentralvorstand das Wahnsinnige dieser Berechnung klargemacht war, bestanden sie auf Streichung. Durch die folgende Streichung wird den Kollegen die Möglichkeit, die Einkordsätze einer Nachprüfung zu unterziehen, genommen. Kein Arbeiterausschuß, auch keine Schlichtungskommission, noch sonst wer soll dazu berechtigt sein. Eine weitere gewünschte Streichung betrifft den Montagezuschlag. Ferner verweigern die Herren einen Anschlägerarif, und zum Schlusse, nachdem auch wieder der städtische Arbeitsnachweis Unterkommen im Vertrag finden sollte, wurde die Einschaltung folgendes Paragraphen verlangt: „In gemischten Betrieben (Zimmerer und Tischlerei) soll in der Zeit vom 1. April bis 30. September die Arbeitszeit innegehalten werden, welche der Tarif für das Maurer- und Zimmerergewerbe vorschreibt. Für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März soll die Arbeitszeit des Tischlererarif maßgebend sein.“ Das waren also die „Kleinigkeiten“, welche wir mit in den Kauf nehmen sollten, um einen Vertrag bis 1911 zu erhalten! Kollege Gorgas erklärte auf dieses Ansuchen kurz und bündig, unter solchen Umständen erhalten die Magdeburger keinen Vertrag und arbeiten wieder wie früher, vertragslos. Die außerordentliche Generalversammlung am 13. Juni billigte das Verhalten des Kollegen Gorgas und machte im übrigen ihrem Herzen gehörig Luft über diese Art Verhandlung. Die Magdeburger Unternehmer haben es verstanden, uns monatelang hinter das Licht zu führen und vielleicht auch ihren Zentralvorstand; sie wollten gar keinen Vertrag. Dieser Vorgang zeigt zur Evidenz, daß die Redner, welche auf dem Verbandstag die Vertragsfähigkeit des Schutzverbandes in Zweifel zogen, nur zu recht hatten. Und auch die Zukunft wird uns den Beweis noch vollends erbringen, wenn in irgend einer Werkstatt eine Differenz ausbricht und eventuell zum Ausstand führt. Es wird sich dann zeigen, ob der Schutzverband die Magdeburger Unternehmer sich selbst überläßt. Wenn eine Organisation nicht die Macht hat, die Außenstellen zur Räson zu bringen, so verliert sie in der Öffentlichkeit das Ansehen, und wir haben wahrhaftig Ursache, der zukünftigen Vertragsentwicklung mit dem Schutzverband das größte Mißtrauen entgegenzubringen. Aber auch für unsere Kollegen erwachsen Lehren aus diesem Vorgang. Wir müssen es uns zur Pflicht machen, den letzten Mann zu organisieren, damit wir durch unsere machtvolle Organisation imstande sind, sagen zu können, jetzt ist das Verhandeln gerade genug. Denn drei Monate zu verhandeln und dann plötzlich eine Brüstung wie hier, das

ist alles andere als eine Ehre für unsere Organisation. In dieser kritischen Zeit muß es nun aber auch Ehrenpflicht eines jeden reisenden Kollegen sein, das Budenklapper zu unterlassen; unsere Kräfte werden durch das viele Überlaufen sonst noch prozieren, wie sie schon sind. Deshalb Selbstbewußtsein und Solidarität sei unsere Parole, damit auch wir wieder ein anderes Resultat berichten können.

In **München** stehen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Bürstenfabrik von Bruckner im Streit. Der Zugang von Bürstenmachern, Bohrern und Maschinenarbeitern ist fernzuhalten.

Im Streit der Korbmacher in der Werkstätte von Sauer ist eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Zwei Arbeitswillige haben sich gefunden, Strickler und Grob, beide aus der Schweiz. Ersterer war voriges Jahr Raffierer in Ulster, wo er in der Sektion der Korbmacher ein wenig angenehmes Andenken hinterlassen hat. Seine gegenwärtige Tätigkeit als Streikbrecher wird zur Vermehrung seines Ruhmes beitragen. — Die Werkstätte von Sauer bleibt gesperrt.

Ausland.

In **Arnhem** in Holland sind, wie uns der Vorstand des Allgemeinen Niederländischen Möbelarbeiterbundes mitteilt, in der Möbelfabrik von Munt 30 Kollegen in den Ausstand getreten. Da Munt, der selbst Deutscher ist, versucht, in Deutschland Streikbrecher zu werden, wird gebeten, den Zugang streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Verbandstag der bayerischen Schreinermeister.

Am 13. Juni hielt der Verband der bayerischen Schreinermeister in München seinen sechsten Verbandstag ab. Dem vom Vorsitzenden Schreinermeister Gg. Spönnemann-Mürnberg erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Entwicklung des Verbandes seit der vorjährigen Tagung in Rosenheim keine günstige gewesen ist infolge von zahlreichen Austritten, namentlich verschiedener Münchener Vereintigungen. Auch der Kassierer klagte über erhebliche Rückstände, die aber von jetzt ab energisch beigetrieben werden sollen. Eine längere Aussprache entstand über die Frage, wie am besten der in diesem Frühjahr gegründete Arbeitgeberverband für das Schreinerergewerbe gefördert werden könnte, und es waren einige Herren sehr verknüpft, weil die Münchener Schreinermeister sich ständig weigern, den Lockungen Rahardts zu folgen, ogleich dieser um deren Gunst geworden wie Jakob um die Mahel.

Von dem Anschluß der Münchener Meister erhofften manche Herren größere Fortschritte des Verbandes in der Provinz, wo es auch nicht recht vorwärts gehen will. Doch die Münchener blieben auch diesmal den Lockungen gegenüber taub und begründeten ihre Ablehnung damit, daß sie dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angehören. Auch passen den Herren die Satzungen des Arbeitgeberverbandes nicht, da die Vorstandschaft für Bayern sich lediglich aus einer Stadt (Mürnberg) zusammensetzt. Einige Herren haben es anscheinend bis heute noch nicht verwinden können, daß ihnen die Herren Kollegen aus Nürnberg beim Streit im Jahre 1900 zahlreiche Rundschaft weggeführt haben. Überhaupt stand die ganze Tagung unter keinem guten Stern, denn auch die Aussprache über die weitere Entwicklung des Verbandes gab verschiedentlich Anlaß zur Kritik über die mangelhafte Tätigkeit der Organe. Doch beschloß man dann mit Einstimmigkeit, den Verband nicht aufzulösen, sondern ihn weiter fortbestehen zu lassen.

Viele Provinzmeister haben eben einsehen gelernt, daß mit der Organisation der Gehilfenschaft, dem Deutschen Holzarbeiterverband, nicht gut Kirschen essen ist, und daß die Zeit für Scherereien hinterher ziemlich teuer zu stehen kommt. Daher erklärten es sich auch, warum die Vertreter aus Regensburg und Landshut, die voriges Jahr in Rosenheim den Mund noch so voll genommen, heuer auf einmal so kleinlaut geworden. Jedenfalls haben sie von den Streiks des Vorjahres noch ordentlich die Nase voll. Oder sollten diese Städte auf Vertretung schon verzichtet haben? — Für unsere Kollegen dürfte es gut sein, der Entwicklung des engeren Zusammenschlusses der bayerischen Schreinermeister mit wachsamem Auge zu folgen. Das zeigt uns der lange Kampf im heurigen Frühjahr in Straubing und der gegenwärtige in Garmisch-Partenkirchen. Rahardt wird schon sorgen, die renitenten Südbayern noch unter die Berliner Gaube zu bringen, um dann in schärfster Weise gegen die Gehilfen loszugehen als Schutzverband für seine gewonnenen Meister südlich der Mainlinie. Bis zu diesem Zeitpunkt werden unsere Kollegen noch mehr wie bisher für den Verband agitieren und demselben allerorts und in allen Werkstätten Eingang verschaffen.

Der **Südbayerische Gewerbeverein der Tischler** hielt seine Generalversammlung am 8. Juni und die folgenden Tage in Berlin. Aus dem Bericht in der „Eiche“ kann man wohl erfahren, daß der Generalsekretär Bumbach den Tätigkeitsbericht erläuterte und daß seine Ausführungen vom Schatzmeister Zietke, der den Kassierenbericht gab, ergänzt wurde, aber was in diesen Berichten stand, wird von der „Eiche“ schamhaft verschwiegen. Besonders erfreulich wird es nicht gewesen sein. Auf die Resolutionen zum Programm der Gewerbevereine und zur Frage der Tarifgemeinschaften, die die Generalversammlung annahm, brauchen wir nicht näher einzugehen. Es sind leere Worte, die um so bedeutungsloser sind, als das kleine Häuflein der Eiche ständig zusammenschmilzt und auf die Entwicklung der Dinge in der Holzindustrie einen nennenswerten Einfluß nicht ausüben kann. In gutem Willen eine Rolle zu spielen, fehlt es ja den Gewerbevereinen nicht, und es ist anzuerkennen, daß die Generalversammlung bemüht war, wenigstens das Äußere des Gewerbevereins ein wenig zu modernisieren. Der Name der Organisation wurde abgeändert in „Gewerbeverein der

Holzarbeiter Deutschlands“ und der Generalratsratel wurde abgeschafft; die Leitung des Gewerbevereins liegt nun in Händen des „Hauptvorstandes“. Und mit dem alten Titel fielen auch seine alten Träger. Der Generalrat Bahle und der Generalsekretär Bumbach wurden abgesetzt, und es scheint fast, daß man die alten Herren, die sich um die Rückwärtsentwicklung des Gewerbevereins so große Verdienste erworben haben, sang- und klanglos fallen ließ. Die „Eiche“ widmet den gefallenen Größen kein Wort des Nachrufs, sie meldet trocken, daß in die Hauptleitung gewählt wurden: Schumacher Vorsitzender, Weicher Redakteur, Wolf-Larnowitz als Sekretär, Zietke Hauptkassierer. Die beiden Bezirksleiter Renner und Wroczkowski wurden wiedergewählt.

Der Beschluß, künftig auch weibliche Mitglieder aufzunehmen, kommt reichlich spät, eine erhebliche praktische Bedeutung wird er aber schwerlich erlangen. Dagegen ist die Erhöhung des Beitrags auf 40 Pf. (die weiblichen Mitglieder sollen 20 Pf. zahlen) bei der bekannnten Abneigung der Eiche gegen hohe Beiträge ein recht gewagtes Experiment. Übrigens soll der nächsten Generalversammlung eine Vorlage über Staffeleiträge unterbreitet werden.

Von den sonstigen Beschlüssen ist zu erwähnen ein solcher, der sich auf die Vereinfachung der Buch- und Kassensführung bezieht. In der „Eiche“ soll durch Einschränkung des amtlichen Teils und Abschaffung des Versammlungsstatutens mehr Raum gewonnen werden. Ob der gewonnene Raum mit dazu verwendet werden soll, künftig die Abrechnung allen Mitgliedern zugänglich zu machen, ist nicht gesagt, aber auch nicht wahrscheinlich. Die agitatorische Wirkung des Vereinsorgans würde erhebliche Einbuße erleiden, wenn es zahlenmäßige Berichte über die Leistungen und Erfolge der Organisation bringen müßte, deshalb unterläßt man lieber die Veröffentlichung der Zahlen, mit welchen beim besten Willen kein Staat zu machen ist. Schließlich sei noch der Beschluß registriert, die Bureau- und Bezirksbeamten in der beim Verband der deutschen Gewerbevereine bestehenden Ruhegehalts- und Witwenkasse zu versichern. Die Hälfte der Beiträge bezahlen die Beamten selbst.

Die „Korfindustrie-Zeitung“ quittiert in ihrer neuesten Nummer über die von uns bezogenen Prügel und erklärt, nicht mehr mittun zu wollen. Von einem plötzlichen Latendrang getrieben, wollte sie zeigen, daß sie nicht nur die „Holzarbeiter-Zeitung“ abschreiben, sondern auch gegen sie polemisieren kann. Der Strauß ist ihr aber schlecht bekommen. Was sie zu der Abfuhr sagt, die wir ihr in Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bereitet haben, ist zu brollig, als daß wir es uns unseren Lesern vorenthalten könnten. Die „Korfindustrie-Zeitung“ schreibt:

„Wir haben dem Strubent der „Holzarbeiter-Zeitung“ zuviel Ehre erwiesen, indem wir sein hilfloses Gestammel einer Kritik würdigten. Die Folge davon ist, daß der junge Mann Anfälle von Größenwahn bekommt. Daß er nebenbei nicht nur frech, sondern auch gemein wird und durch den Gebrauch direkt unanständiger Worte das Anstandsgefühl verletzt, darf man ihm nicht übernehmen; dafür muß man das Milieu, in dem er lebt und in dem er sich wohl fühlt, verantwortlich machen. Wir werden künftighin seine im Quartanerstil geschriebenen Donquichotterien unbeachtet lassen. Wir haben Besseres zu tun, als auf die faden Anrempelungen dieses „Literaten“ einzugehen.“

Wir unsererseits glauben das recht gern, denn wer in die Lage kommt, seinen „direkt unanständigen“ Köpfeil der schmerzenden Hiebe wegen so nachdrücklich zu reiben, wie es hier die „Korfindustrie-Zeitung“ tut, der empfindet fürz erste kein Bedürfnis zur Wiederholung der vorausgegangenen Prozedur.

Es scheint übrigens fast, als sei die „Korfindustrie-Zeitung“ nun vollends um ihr letztes bißchen Verstand gekommen. Im Anschluß an die vorstehende Notiz zieht sie nämlich gegen den angeblichen Terrorismus der Korntarbeiter zu Felde und zitiert zum Beweis dafür eine Notiz aus Trier in Nr. 49 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Was sie damit meint, ist schwer zu erraten, denn unsere Nr. 49 wird voraussichtlich erst im Dezember o. J. erscheinen, und in der Korrespondenz von Trier die wir kürzlich gebracht haben, ist von den Dingen, welche die „Korfindustrie-Zeitung“ entdeckt haben will, beim besten Willen nichts zu finden.

Gründung eines Syndikats in der Holzindustrie. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Einem in den Kreisen der deutschen Holzindustrie längst empfundenen Bedürfnis ist durch Gründung eines Syndikats, welches den Namen „Schutzverband deutscher Holzimporteure“ führt, entsprochen worden. Es haben sich mehrere der bedeutendsten Holzimporthäuser zu diesem Verbände vereint. An dessen Spitze steht die Holzimportfirma Frinke & Winemann in Bremen. Dem Verband sind die meisten größeren Einfuhrhäuser beigetreten. Er bezweckt eine einheitliche Festsetzung von Verkaufs- und Einkaufspreisen, soweit dies möglich ist, gemeinschaftliches Vorgehen in wichtigen Fragen des Holzhandels, Festsetzung von Handelsgebräuchen und Schlichtung von Streitigkeiten mit Abladern und Abnehmern. In den Kreisen der Holzindustrie mißt man dem neuen Verband Bedeutung bei.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1907.

Seit einer Reihe von Jahren nimmt die Generalkommission der Gewerkschaften eine Statistik der Gewerkschaftskartelle auf. Aus der kürzlich veröffentlichten Statistik für das Jahr 1907 ist zu ersehen, daß am Ende dieses Jahres 587 Kartelle existierten, von denen jedoch nur 558 berichtet haben. Diefen sind 7777 gewerkschaftliche Organisationen mit 1596409 Mitgliedern angeschlossen. Unter den Kartellen, die keinen Bericht einbrachten, befinden sich auch einige aus größeren Orten, zum Beispiel Cassel, Darmstadt, Solingen. Die in der vorliegenden Statistik fehlenden Kartelle waren, soweit sie in der vorjährigen Statistik erwähnt waren, dort mit 25166 Mitgliedern aufgeführt.

Obwohl die Statistik für 1907 nur 95,06 Prozent der bestehenden Kartelle umfaßt gegen 95,1 Prozent im Jahre 1906, zeigt sie doch eine Zunahme um 891 Zahlstellen und 95527 Mitgliedern von Zentralverbänden. Die Mitglieder-

zunahme kam hauptsächlich, den Kartellen in den mittleren Städten zugute, während in einigen großen Städten ein sehr merklicher Rückgang der Mitgliederziffer zu verzeichnen war. So ist zum Beispiel die Mitgliederzahl in Berlin von 252 000 auf 235 000 zurückgegangen. Dieser Mitgliederrückgang ist in erster Linie auf die schlechte Geschäftskonjunktur zurückzuführen; in Berlin werden von ihm besonders die Organisationen des Baugewerbes und zum Teil auch der Holzarbeiterverband betroffen.

Von den Einrichtungen, welche die Gewerkschaftskartelle unterhalten, sind in erster Linie die Gewerkschaftshäuser zu nennen, deren es im Jahre 1907 33 gab gegen 36 im Jahre 1906. Nicht alle diese Gewerkschaftshäuser sind Eigentum der Kartelle, zum Teil sind sie gemietet. Der Bericht weist mit Recht darauf hin, daß die Gewerkschaftshäuser nicht selten eine Last sind, durch welche der Fortschritt und die Aktionskraft der Gewerkschaften gehemmt wird. Deshalb kann nicht oft und nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, die Gelder der Gewerkschaften in Unternehmungen anzulegen, deren Rentabilität mindestens stets zweifelhaft ist. Anders sind die Bemühungen zu beurteilen, die auf die Beschaffung und Unterhaltung von Versammlungslokalen gerichtet sind. Solche sind unbedingt erforderlich und sie müssen, wo sie nicht unentgeltlich zur Verfügung stehen, gemietet werden. Im Jahre 1907 haben 94 Kartelle Versammlungslokale unterhalten. Die Zahl der von den Kartellen unterhaltenen Zentralherbergen stieg von 36 auf 48; auch die Zahl der unter Kontrolle der Gewerkschaftskartelle gestellten Herbergen beim Gastwirt ist in erfreulicher Zunahme begriffen, ihre Zahl stieg von 236 auf 285. Sehr zu begrüßen ist auch das steigende Verständnis für den Wert gemeinsamer Bibliotheken, durch welche die in ihrer Zersplitterung notwendig schwachen Kräfte auf diesem Gebiet gesammelt und zweckmäßig und deshalb erfolgreich organisiert werden. Die Zahl der Kartellbibliotheken stieg von 300 auf 374. Außerdem wurden von 56 (im Vorjahr 47) Kartellen besondere Lesezimmer unterhalten.

Von 129 Kartellen wurden statistische Erhebungen veranstaltet. In 18 Fällen handelte es sich um Arbeitslosenzählungen, in 17 Fällen um Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und in 108 Fällen um sonstige Erhebungen. Zentralarbeitsnachweise wurden von 8 Kartellen, meist in kleineren Städten unterhalten; mit der Referentenvermittlung beschäftigten sich 47 Kartelle. Selbstverständlich kann diese letztere Einrichtung nur für größere Städte oder für solche Kartelle in Betracht kommen, die sich auf ganze Industriebezirke erstrecken. Von 82 Gewerkschaftskartellen wurden insgesamt 132 besoldete Beamte beschäftigt, von denen die Mehrzahl in den Arbeitersekretariaten tätig ist, doch bestehen in 14 Städten neben dem Arbeitersekretariat noch besondere Gewerkschaftsbureaus.

Die Beiträge der Mitglieder für die Kartelle sind in ständiger Steigerung begriffen. Der durchschnittliche Jahresbeitrag pro Mitglied betrug im Jahre 1901 = 34,2 Pf., bis zum Jahre 1906 war er auf 55,2 Pf. gestiegen und im Jahre 1907 stieg er weiter auf 56,2 Pf. Der höchste Beitrag, von 2,60 Mk. pro Mitglied und Jahr, wurde in Straubing gezahlt. Die hohen Kartellbeiträge findet der Bearbeiter der Statistik nicht sehr erfreulich; er führt die Tatsache, daß immer noch eine größere Zahl von Gewerkschaften den Kartellen nicht angeschlossen sind, nicht in letzter Linie auf diesen Umstand zurück.

Aber Einnahmen und Ausgaben liegen von 541 Kartellen Angaben vor. Die Gesamteinnahmen dieser betragen im letzten Jahre 887 087 Mk. Die Einnahme aus laufenden Beiträgen beträgt 550 206 Mk. Die Sammlungen für Streiks und Aussperrungen ergaben insgesamt 102 440 Mk. Andere Sammlungen sowie die Überschüsse von Festlichkeiten, Schriftenvertrieb, Überschüsse von Gewerkschaftshäusern und sonstigen Unternehmungen usw. ergaben eine Gesamtsumme von 234 441 Mk. Die gesamten Ausgaben belaufen sich auf 798 310 Mk. Für Agitation wurden verausgabt von 447 Kartellen 65 081 Mk., für Arbeitervertreterwahlen von 218 Kartellen 29 082 Mk., für statistische Erhebungen von 58 Kartellen 5 441 Mk., für Herbergen und Arbeitsnachweise von 60 Kartellen 12 615 Mk., für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle von 47 Kartellen 72 652 Mk. und für Arbeitersekretariate, Bibliotheken und Lesesäle von 398 Kartellen 213 069 Mk. Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen insgesamt 115 229 Mk. und die sonstigen Ausgaben für Verwaltung, Inserate usw. zusammen 134 428 Mk.

Gerügt wird in dem Bericht, daß die Agitationstätigkeit der Gewerkschaftskartelle nachgelassen hat, während andererseits die Ausgaben für Arbeitersekretariate und Gewerkschaftshäuser eine bedeutende Steigerung erfahren haben. Die Gewerkschaftskartelle, die diesen Instituten die größte Aufmerksamkeit schenken und darüber die Agitation und die Pflege der Statistik vernachlässigen, verkennen ihre Aufgabe. Die gewerkschaftliche Agitation ist den Gewerkschaftskartellen durch die Gewerkschaftskongresse in erster Linie zur Pflicht gemacht, und es sollte mehr als seither darauf geachtet werden, daß die Erfüllung dieser Aufgabe nicht in den Hintergrund tritt.

Der Buchdruckerverband hielt seine Generalversammlung vom 25. Mai bis 2. Juni in Köln. Es wurde dort eine teilweise recht lebhaft Auseinandersetzung über den Tarif und die Tätigkeit des Tarifamtes gepflogen, die mit der Annahme einer Resolution endete, in welcher die Befriedigung über das Zustandekommen der neuen Vereinbarungen und deren friedliche Einführung ausgesprochen wird. In einer anderen Resolution wird die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder bei Abschluß von Tarif- und sonstigen wichtigen Verträgen für notwendig

erklärt. Im Mittelpunkt der Diskussion über „Gewerkschaftliche Neutralität“ stand eine große Artikelserie des „Korrespondent“-Redakteurs Rehgäuser, die wegen der Angriffe auf die Sozialdemokratie, welche sie enthielt, vielfach böses Blut gemacht hatte. Die ausgedehnte Diskussion endete mit der Annahme einer Resolution, in welcher der Verband erklärt, auch weiterhin an dem prinzipiellen Standpunkt der gewerkschaftlichen Neutralität und an der Solidarität mit der allgemeinen Arbeiterschaft festzuhalten und der Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften für eine absolute Notwendigkeit bezeichnet wird. Wesentliche Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen. Ein Antrag auf Einführung einer Witwen- und Waisenunterstützung wurde abgelehnt und ebenso auch die obligatorische Einführung des „Korrespondent“. Dagegen wurde die Anstellung eines zweiten Verbandsvorsitzenden und eines dritten Redakteurs, sowie die Verlegung des Verbandsorgans von Leipzig nach Berlin beschlossen. Bei der Wahl des ersten Redakteurs wurde Rehgäuser mit 105 von insgesamt 133 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Ein internationaler Textilarbeiterkongreß tagte vom 24. bis 30. Mai in Wien. Er beschäftigte sich unter anderem mit den an die Gesetzgebung zu stellenden Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes. Merkwürdigerweise fanden die Forderungen auf Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und des Verbots der Erwerbsarbeit von Kindern unter vierzehn Jahren bei den englischen Delegierten Widerspruch. Dagegen wurde von den Engländern die Abschaffung des Prämienystems gefordert. Dieser Forderung trat der Kongreß durch Annahme einer entsprechenden Resolution bei. Ebenso wurde gegen den Widerspruch der Engländer eine Resolution gegen die Affordarbeit angenommen. Von den auf dem Kongreß vertretenen neun Staaten stimmten sieben für eine Resolution betreffend Errichtung eines internationalen Streifonds, zu welchem die Organisationen pro Mitglied und Jahr 10 Cts. zu fleuern haben. Die Unterstützung des internationalen Streifonds soll angerufen werden können, wenn eine Organisation länger als vier Wochen im Streit steht.

Tarifverträge im Bildhauergerwerbe. Der Bildhauerverband hat im Jahre 1907 sechs Verträge neu abgeschlossen und zwei revidiert. Am Schlusse des Jahres waren insgesamt 30 Verträge in Kraft. Davon entfallen auf die Holzbranche 12 Verträge für 138 Betriebe und 437 Personen, auf die Modellbranche 13 Verträge für 303 Betriebe und 783 Personen und auf die Steinbranche 5 Verträge für 58 Betriebe und 319 Personen.

Unternehmerbewegung.

Die Privatbeamten im Kampf um ihr Koalitionsrecht. Das gegen das Koalitionsrecht der Privatbeamten gerichtete Zirkular des Verbandes bayerischer Metallindustrieller hat Wunder gewirkt. In den Kreisen des Stehtragerproletariats regt es sich mächtig; in einer ganzen Reihe von Städten fanden zahlreiche besuchte Protestversammlungen statt, und es hat den Anschein, als ob der Versuch der Scharfmacher, dieser Schicht von Angestellten das Koalitionsrecht zu rauben, den Anstoß zu einer kräftigen Gegenbewegung gegeben hat. Dem bayerischen Metallindustriellenverband scheint ein gelinder Schrecken in die Glieder gefahren zu sein ob der Wirkung, die sein „streng vertrauliches Zirkular“ erzielt hat, und er beillt sich, die Gemüter zu beruhigen. Der Protestversammlung, die am 16. Juni unter äußerst zahlreicher Beteiligung in Nürnberg stattfand, wurde folgendes Schriftstück übermittelt:

Verband bayerischer Metallindustrieller.
Nürnberg, 16. Juni 1908.

Der Beschluß vom 21. Mai 1908 und die an die Mitglieder hinausgegebene Warnung vor den Angehörigen der im Schreiben vom 5. Juni 1908 bezeichneten Verbände beruht nach Überzeugung des Vorstandes auf einer reiflichen Prüfung der Tendenz der einzelnen Verbände auf Grund vorliegender Aufstellungen derselben.

Es ist eine von verschiedenen Seiten dem Vorstand Material vorgebracht worden, welches denselben veranlaßt, in eine wiederholte Prüfung der Frage einzutreten und bis zu deren Erledigung seinen Mitgliedern einen Aufschub im Vollzug des Rundschreibens vom 3. Juni 1908 zu empfehlen.

Der Vorstand wird gleichzeitig den im Rundschreiben bezeichneten Verbänden Gelegenheit geben, über ihre prinzipielle Stellungnahme dem Arbeitgeber gegenüber sich zu äußern und allenfallsige irrige Ansichten hierüber zu berichtigen.

Bemerkt wird, daß der Technikerverband in dem Beschluß vom 21. Mai 1908 niemals einbezogen war. Der Vorstand des Verbandes bayer. Metallindustrieller.
H. W.: gez. Herz, 2. Vorsitzender.

Ich habe der heutigen Sitzung nicht angewohnt, erkläre aber zu dem vorstehenden Beschluß mein Einverständnis.
gez. Dr. A. Rieppel, 1. Vorsitzender.

Dieses Schriftstück bedeutet einen schlaun Schachzug der Unternehmer. Sie wollen die öffentliche Meinung beschwichtigen, um dann in aller Ruhe ihre Pläne zur Durchführung zu bringen. Sie vermeiden es auch, die Rücknahme ihres Rundschreibens zu erklären, und beschränken sich darauf, den Aufschub des Vollzugs zu empfehlen. Ist dann Ruhe eingetreten, dann werden schon die geeigneten Maßnahmen getroffen werden, um die erneute Vollzugsverfügung nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Sollte dieser Plan gelingen, dann wäre das im Interesse der Privatbeamten sehr zu bedauern. — Die Angelegenheit wird übrigens demnächst im bayerischen Landtag zur Sprache kommen, wo die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation eingebracht hat, in welcher die Staatsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenkt, um den in den Betrieben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller angestellten Technikern und Kaufleuten die Ausübung des Koalitionsrechtes zu sichern.

Die Abneigung der Unternehmerorganisationen gegen die Statistik. Das kaiserliche statistische Amt hat die Veröffentlichung einer Statistik über die deutschen Unternehmerverbände beabsichtigt und die Hauptstelle der Unternehmervereinigungen um Überlassung geeigneten Materials ersucht. Die Hauptstelle der „Arbeitgeber“-verbände hat

dieses Ersuchen abgelehnt, und zwar mit der Motivierung, daß die Veröffentlichung doch nur im Interesse der Arbeiterorganisationen erfolgen werde. Die Herren spielen am liebsten mit verdeckten Karten, wobei sie den Vorteil haben, daß die Arbeiterorganisationen frei und offen ihre Statistiken veröffentlichen.

Soziale Rechtspflege.

Vorsicht bei Vergleichen in Unfallfällen.

□ Noch größere Vorsicht wie beim Abschluß eines Vergleiches am Gewerbegericht ist seitens der Verletzten diese im Berufungsverfahren am Schiedsgericht zu beobachten. Viele Verletzte wissen nicht, daß ein Vergleich endgültig und deshalb kein Rekurs mehr zulässig ist. Dies sollte auch ein Holzarbeiter erfahren, der am Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden seine Rente erkämpfen mußte. Volle fünf Jahre wurden ihm von der Holzberufsgenossenschaft für die schweren Verletzungen seiner beiden Hände aus zwei Unfällen eine Rente von 15 und 10 Prozent gewährt. Da fand der Vertrauensarzt, daß eine „Besserung“ und auch eine „Gewöhnung“ an die Folgen dieser Unfälle eingetreten war und die Rente zu entziehen sei. Der Verletzte fand zum Glück einen Spezialarzt, der sich die Mühe machte, ein Röntgenbild von der Verkrümmelung der Finger beider Hände herzustellen und durch ein umfangreiches Gutachten zu beweisen, daß die seither gewährte Rente eigentlich noch zu niedrig gewesen sei. Durch diese Beweisführung enttanden dem Verletzten 33 Mk. Unkosten, die er von der Berufsgenossenschaft auch forderte. Im Berufungsverfahren gelang es jedoch dem Vertreter der Berufsgenossenschaft, einen Vergleich auf 15 Prozent für beide Unfälle abzuschließen! Als der Vergleich jedoch abgeschlossen war, merkte der Verletzte erst, daß er über die Kosten gar nichts erzielt hatte. Auf seine Forderung hin machte ihn der Vorsitzende des Schiedsgerichts darauf aufmerksam, daß der Vergleich jetzt abgeschlossen sei, und meinte beruhigend: „Die Kosten ersetzt Ihnen ja doch Ihre Gewerkschaft.“ Eigentümlich, daß dafür die Gewerkschaften da sein sollen, die man doch sonst nicht — leiden kann!

Eine Konferenz der Arbeiterbeisitzer bei den Gewerbegerichten findet anlässlich der Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte am 25. und 26. August in Jena statt. Zur Tagesordnung werden vom Zentralausschuß folgende Punkte vorgeschlagen: 1. Bericht des Zentralausschusses. 2. Bericht des Ausschussesmitglied des Verbandes. 3. Das Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht. 4. Die Verhältniswahlen. 5. Die Rechtsprechung an den Gewerbegerichten. 6. Stellungnahme zur Tagesordnung des Verbandstags. 7. Wahl des Vorstandes zum Zentralausschuß und Wahl eines Ausschussesmitglied für den Verband. Der Zentralausschuß empfiehlt Anträge betreffend Übernahme der Delegationskosten an die Gemeinden zu richten und im Falle der Ablehnung oder sofern nur die Mittel zum Besuch der Verbandsversammlung bewilligt werden, diesertwegen mit den Gewerkschaftskartellen in Verbindung zu treten. Die Namen der gewählten Delegierten sowie deren Adressen mit Angabe, ob die Besichtigung von der Gemeinde oder dem Kartell beziehungsweise mit einer Beihilfe von letzterem erfolgt, und womöglich, welche Mittel den Beisitzern von der einen oder anderen Seite bewilligt werden, sind an Richard Holz, Dresden-A., Am See 33, zu richten. An die gleiche Adresse sind etwaige Anträge zur Tagesordnung spätestens am 26. Juli schriftlich einzureichen.

Technisches.

Vom „Fachblatt für Holzarbeiter“ liegt nunmehr das Juniheft vor. Es bringt eine Abhandlung Josef Aug. Zug' über Richard Niemerschied (mit 14 Abbildungen dieses Künstlers); ferner den Schluß der Abrechnung Robert Freuers mit den künstlerischen Gegnern der modernen Bewegung, betitelt „Gegen Torheit und Lüge — für Handwerk und Schule“. Schließlich bringt das Heft die Fortsetzung des Artikels des Architekten D. Winkelmüller über den Treppenaubau. (Mit vielen Abbildungen.) Das Heft enthält insgesamt 71 Abbildungen, darunter neben den genannten Arbeiten perspektivische Ansichten eines Dachzimmers, eines Schlafzimmers, 6 Abbildungen, eines Buchhändlerladens, ferner Entwürfe von Möbeln für ein Herrenzimmer und eines Treppengeländers. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße 43. Neu hinzutretenden Abonnenten wird das erste und zweite Quartal des „Fachblatt für Holzarbeiter“ gegen Voreinsendung von 1 Mk. pro Quartal nachgeliefert.

Von dem Jahrgang 1907 sind noch mehrere Exemplare in geschmackvollem Einband auf Lager. Dieser Jahrgang enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters sowie recht gute Abhandlungen aus unserem Gewerbe. Der Jahrgang 1907 des „Fachblatt für Holzarbeiter“ bildet eine Zierde für jede Arbeiterbibliothek. Er kann gegen Voreinsendung von 5 Mk. für das geschmackvoll gebundene, 4 Mk. für das ungebundene Exemplar bezogen werden von der Expedition des „Fachblatt für Holzarbeiter“, Stuttgart, Adlerstr. 43.

Bemerkt sei auch an dieser Stelle, daß Einbanddecken für den Jahrgang 1907 und 1906 gegen Voreinsendung von 1 Mk. für das Stück portofrei von der Expedition der Zeitschrift bezogen werden können.

Eingefandt.

Ihre Lage der Stellmacher.

Mit Recht weist der Kollege Kohrer-Wiesbaden in Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“ auf die noch immer unerschrockenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Stellmacher-gewerbe hin...

Die Zentralkommission der Stellmacher. Z. N.: Arthur Siebel, Berlin SO 86, Manteuffelstr. 50.

Briefkasten.

* Raummangels halber mussten Korrespondenzen aus Priebus, Gelsenkirchen und Weimar, sowie einige Einsendungen zur Maschinenarbeiterbewegung zurückgestellt werden.

Baden-Baden. Warum ist die Einsendung nicht gestempelt? Es sollte doch nun endlich bekannt sein, dass alle Zuschriften an die Redaktion den Namen des Einsenders und den Stempel der Zahlstelle tragen müssen.

Literarisches.

Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag. Es ist unseren Lesern schon bekannt, dass im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine Reihe von Abhandlungen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erscheinen.

Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter“.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Heilbronn. Auf einer Konferenz der 32. Wahlabteilung, die zu Pfingsten in Heilbronn abgehalten wurde, beschäftigte man sich mit dem Antrag des Vorstandes zur Abänderung des Statuts der Frauensterbekasse.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Gitting, Stebfrauenstraße 7. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.

Raphael Türk aus Neufra, Bayern, hat in Brunn, Arol, mehrere Be- trügerzeiten verübt. Wir bitten die Kollegen vor demselben und bitten, seine Adresse an uns zu senden.

Emil Höpfner, Tischler aus Halle, wird auf- gefordert, gefordert, seinen Verpflich- tungen uns gegenüber sofort nachzukommen.

Anton Stoht wird aufgefordert, das aus der Neben Buch sofort zurückzusenden.

Johann Hieregert, Schreiner, geb. 23. Juni 1867 zu Lantana a. d. Mar, wird gebeten, seine Adresse an die Ortsverwaltung Wilhelms bekannt zu geben.

Albin Geißler, welcher in der Zunftarbeit be- schäftigt war, wird wegen Zeugnisausgabe ersucht, mir sofort seine Adresse mitzuteilen.

Karl Herbit, Schreiner aus Krosdorf, sein Prozeß- schlichtung, Kollegen, die ihn kennen, werden gebeten, ihm dieses mitzuteilen.

Eduard Huth, Tischler, Buchn. 350 923, wird gebeten, seinen Familienname seinen jetzigen Aufenthalt bekannt zu geben.

Fritz Hinger, Tischler, hat das Mitgliedsbuch Nr. 250 849, in seinem Besitz. Selbiges ist ihm ab- zunehmen und an den Hauptvorstand einzusenden.

Tischler, auf Glasaufsätze und Silber- stotter Arbeiter, in dauernde Stellung ge- sucht. Offerten mit Angabe des Alters und der bisherigen Stellungen an Gottschalck & Cie., Konstantz i. Baden, Postfach 76.

Ein tüchtiger Bau- und Möbelschleifer, der auch im Treppenbau bewandert ist, findet dauernde Arbeit.

H. Laue, Kreiens a. Harz. Ein tüchtiger Polierer für Gardinen- rofetten sofort gesucht.

Robert Schönfeld, Holzwarenfabrik Wilschauerstraße i. S.

Maschinentischler mit sämtlichen Maschinen vertraut, erhält dauernde Arbeit.

Walthar Thurand, Zellerfeld, Harz. Suche per bald 2 Intarsien- schneider. Reflektiere nur auf saubere Arbeiter, die als solche schon tätig waren und an der Maschine arbeiten können.

W. Haack, Hannover, Neuestraße 8.

2 tüchtige Holzdrechsler

finden dauernde und gutlohnende Arbeit bei Schade & Co.

Bürstenfabrik mit Dampfbetrieb Onafenvrieth, Prov. Hannover.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung einen tüchtigen Drechsler auf Tisch- und Bettfüße.

Dampfmühlwerk und Holzbe- arbeitungs-Fabrik Dassel Rudolf Schaefer & Co. Dassel a. Solling.

Tüchtige Gummidrechsler

auf Füllfederhalter gelibt, für dauernde, lohnende Arbeit gesucht.

Heinr. Schultz, Elberfeld Wupperstraße 9.

Perfekte Kammbieger und Schleifer auf Schildpatt und Zelluloid bei gutem Lohn auf dauernd sofort gesucht.

Schlager & Best, Kammschneid- Darmstadt.

Ein tüchtiger Kammschneider auf groben und feinen Zahn, sowie ein Dublierer nach Ober-Ramstadt gesucht.

Ein tüchtiger Karlierer auf automatische Karliermaschine für Schild- patt und Zelluloid per sofort gesucht.

Schlager & Best, Kammschneid- Darmstadt.

Korbmacher.

Einige tüchtige Arbeiter auf geschlagene Reisekorbe erhalten dauernde und lohnende Stellung bei

R. Wengler Kopenhagen, Korsgade 16.

Ein Korbmacher auf Meißelarbeit stellt bei dem am 1. d. M. die

Suche sofort 2 tüchtige Korbmacher- gesellen auf grüne Mattarbeit.

Wwe. Th. Bormann, Langermünde.

2 Korbmachergefallen auf Matt und Geschlagen sofort gesucht. Gutes Holz.

Ernst Veit, Korbmachermeister Bismarck i. d. Altmark.

Suche sofort 3 Korbmacher, die auf Grün und Hohlarbeit gut eingearbeitet sind, gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung.

Herm. Gäbler, Hagen i. W. Frankfurterstraße 19.

Korbmacher auf runde Ringkörbe sofort gesucht. Heiner. Franke, Nürnberg Sulzbacherstraße 82.

6 Korbmachergefallen

auf grüne Mattarbeit finden dauernde Be- schäftigung.

L. Vogt, Stettin, Speicherstraße 35.

Mehrere tüchtige Korbmacher für Dem- johns und Korbschalen suchen bei hohem Lohn für dauernde Arbeit.

Pommersche Glashüttenwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung Loitz i. Pommern.

Tüchtiger, solider Korbmacher findet so- fort Stellung auf runde, grüneschlagene Arbeit bei hohem Akkordlohn.

Groth & Breittkreuz, Dierdorf Bez. Coblenz.

Ein tüchtiger Korbmachergefelte gegen hohen Lohn für grüne Mattarbeit (Rannen- körbe) auf sofort gesucht von

Joseph Müller, Salzotten, Westf.

Solidaritäts-Bleistifte u. Massstäbe von Jean Bloss, Stein-Nürnberg.

Mehrere Korbmacher

auf Reddig und Weidenmöbel, auf Ge- schlagenes sucht sofort

G. Scholz, Stockholm, Jakobbergsg. 22.

Geübte Piassavamerische für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht.

Oahn & Rheinauer, Mannheim.

Tüchtiger Freihandbohrer

für sofort bei guten Akkordlöhnen und eventuell dauernder Beschäftigung gesucht.

Dettinger Bürsten- und Pinselfabrik Dettingen a. M.

Tischlerwerkzeuge, anerkannt

das Beste, fabriziert und hält auf Lager R. Himstedt, Hamburg, Lge. Mühren 86/87. Preisl. z. Dienst.

Hobelbänke

für Tischler, Stellmacher u. Bildhauer offer- rieren billig. Werkzeugfabrik in Dampfbetrieb

Gebr. Haase, G. m. b. H., Siegnitz, Schlef. Katalog gratis. Vertreter gesucht.

Abziehsteine

in nur bester Qualität, fein, mittel und grob ziehend, billig, liefert

Otto Bergmann, Berlin SO. 33 Oppelner-Strasse 31.

à 50 Pf., 80 Pf., 120 Pf., 200 Pf. Jeder verlange Kataloge gratis.

Die Welt erobert

haben sich d. Selbstunterrichtswerke Syst. Karnaak- Hochfeld: Die Bauschreinerschule, Holz- bildhauerschule, D. Kunst- und Möbelschreinerschule, Zim- mermeisterschule, Polierschule.

Prospekte und Anerkennungs-schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst.

Bonnes & Hochfeld, Potsdam-R. 1.

Für Schreiner!

Neu mod. Möbelwerk. ca. 602 im. u. 1000 St. i. z. 1-10 für 10. Rahmen-schal. 1.5 Mk. ab-zugeh.

Paul N. B. o. d. H. S. d. H. o. r. l. i. e. n. - s. t. r. 22.

DETMOLD & GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE

Programm frei. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Tischler-Fachschule, Neustadt i. Meckl.

Zelchner, Werkführer, Meister. Staatlich subv. Progr. kostenlos

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Das Zeichnen u. Färben des Holzes

von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Darmen.

Zweite Auflage. (Kleine Aus- gabe.) 88 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,80 Mk., bei Nachnahmefendung 1,80 Mk. Zu beziehen durch

Die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Slomkes Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 856 Seiten, geb. Mk. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei G. Slomke, Diefeld.

Eingelegte Furniere

für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Achtung!

Hohen Nebenverdienst kann sich jeder ver- schaffen, der Reflektanten f. Holzbearbeitungs- maschinen, Dampfmaschinen, Motoren, Trans- missionen, Werkzeuge, Tischlerhobelbänke nebst Werkzeuge, neu und gebraucht, angibt. Strengste Discretion wird zugesichert. Off. unt. H. N. 129 an die Exped. d. Zeitung.

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik * Hamburg 23 *

Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritz- löslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht eine sofortige Porenfüllung man erspart Material, Zeit, Arbeit erzielt: ... Vermeidet

- Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritz- lösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzu- wenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Bei der Bestellung der Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mk. Mein Lehrbuch über das Zeichnen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markter Werkstoffsprache sachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 100 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Hellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottomar Cencel-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), F. F. Staatsgewerbe- Schule-Graz, Direktor Jos. Gossmann-München.

Preis M. 1.50. Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet. Werkstattplauderei. Fachzett- schrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, reichhaltig für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Kon- struktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in voll- ständlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern à Mk.

Verlag von Theodor Weipart in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.